Schlagloch

Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW

1 H 9458 F

Nr. 4/99 Herbst 1999

Schwerpunkt: Utopien & Alternativen

Utopien zwischen Vision der Befreiung und verquerer Träumerei.

Außerdem: Eigenständige Regionalentwicklung
Vorstellung eines Gemeinschaftsprojektes

6-9

Antifaschismus

Interview zu Antifa-Arbeit in ländlichen Gebieten. National befreite Zonen bald auch in Westdeutschland ?!

11

Ökologie/ Anti-Atom

* Raubbau an den Wäldern,
* Staudammprojekte in Indien
* Atompolitik unter Rot-Grün,
* „Wettbewerb" auf dem Strommarkt ?!

3-5

Feminismus

* Prostitution und Sexualisierte Gewalt im Nachkriegsbosnien
* Gleichstellungspolitik als feministische Perspektive ?

10

Kein Mensch ist illegal !

Sprengt den rassistischen Konsens von Rot-Grün

Seit Anfang der neunziger Jahre wurde in der Bundesrepublik von der ehemaligen Bundesregierung aber auch von vielen Länderregierungen, im Bereich der Flüchtlingspolitik ein beispielloser Rechtsruck betrieben. Begleitet durch eine rassistische öffentliche Kampagne, die zum einen mit der Anwesenheit von Flüchtlingen den drohenden Zusammenbruch Deutschlands prognostizierte, und zum anderen die Flüchtlinge selbst pauschal als Kriminelle und BetrügerInnen beim Bezug von Sozialleistungen stigmatisierte, wurde eine Politik des Aushungerns und der Entrechtung eingeleitet. Die Sozialleistungen für Flüchtlinge wurden unter das Existenzminimum gesenkt. Mit der Unterbringung in Sammellagern, der Überbelegung anderer Unterkünfte und der Versorgung mit – oft minderwertiger – Fertignahrung und Sachleistungen wurden menschenunwürdige Existenzbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland geschaffen.

Mit der exzessiven Verhängung der Abschiebehaft, der monate- und manchmal jahrelangen Inhaftierung von Menschen, die kein anderes Verbrechen begangen hatten, als Schutz und Zuflucht in Deutschland zu suchen, wurde die Politik der Abschreckung von Flüchtlingen ergänzt. Hinzu kam, daß Ausländer- und Sozialbehörden, allen voran das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, auf politischen Druck hin und in eigener Initiative, nach Möglichkeiten suchten, Flüchtlinge zu schikanieren und auszugrenzen. Sozialämter führten "Zählappelle" ein, bei denen alle Flüchtlinge eines Kreises zu einem Stichtag anzutreten hatten. Asylanträge wurden in aller Regel zunächst abgelehnt, die Rechte der Flüchtlinge weit über die Grenze des rechtlichen Rahmens hinaus ignoriert. Mißhandlungen durch Polizei und BGS ergänzten die Haltung der bundesdeutschen Politik und Gesellschaft gegenüber Zuflucht suchenden Menschen.

Die rassistische Kampagne gegen Flüchtlinge fand ihren gesellschaftlichen Höhepunkt in unzähligen Übergriffen, Brandanschlägen und Pogromen gegen Flüchtlinge, ihren politischen in der faktischen Abschaffung des Asylrechtes durch die Änderung des Grundgesetzes am 26. Mai 1993. Eine große Koalition aus CDU, FDP und einem großen Teil der SPD schaffte das Menschenrecht auf Asyl faktisch ab. Das neue Asylrecht gewährt das Recht auf Asyl nur denjenigen Menschen, die nicht aus einem vermeintlichen "sicheren Herkunftsland" stammen und ohne Umweg über einen "sicheren Drittstaat" nach Deutschland gelangen. Da alle an die Bundesrepublik angrenzenden Länder zu "sicheren Drittstaaten" erklärt wurden, war eine Flucht auf dem Landweg fortan unmöglich. Zusätzlich wurden exterritoriale Zonen auf den Flughäfen eingerichtet, um auch diese Möglichkeit der Flucht nach Deutschland auszuschließen.

Nach einem Jahr Rot/Grün: Die Chancen auf eine Wiederherstellung des Asylrechts stehen schlechter denn je

Die neue Bundesregierung hat bislang keinerlei Neuorientierung in der Flüchtlingspolitik angestrebt und die jüngsten Äußerungen von Innenminister Schily, der den noch verbliebenen Rechtsanspruch auf Asyl gänzlich streichen will, zeigen, daß jede Neuorientierung vermutlich ohnehin einen weiteren Rechtsruck bedeuten würde. Die Elemente des Koalitionsvertrages, welche eine Verbesserung der Situation einiger MigrantInnen erhoffen ließ, werden dementsprechend gar nicht erst umgesetzt. Dazu gehört zum Beispiel die sogenannte "Altfallregelung", welche für Menschen, die schon seit mehreren Jahren auf einen Bescheid über ihren Antrag auf Asyl warten, eine zu einer Aufenthaltserlaubnis bringen soll. Aber in dieser Frage verhalten sich die Grünen so zahm wie immer innerhalb der Koalition.

Auch im rot-grünen NRW sind substantielle Änderungen in der Flüchtlingspolitik gegenüber der SPD-Alleinherrschaft nicht festzustellen. Zwar wurde die Zahl der Abschiebeknäste und der Haftplätze verringert und strengere Kriterien für die Verhängung der Abschiebehaft durchgesetzt, auch wurde die Abschiebung von Kriegsflüchtlingen auf grünen Druck hin immer wieder ausgesetzt, aber einen flüchtlingspolitischen Kurswechsel hat es nicht gegeben. Die NRW-Grünen selbst bezeichnen die Situation als wenig zufriedenstellend.

Es ist zwar gelungen, eine relativ erfolgreiche "Einzelfallstrategie" zu verfolgen. Das heißt, daß in NRW - im Unterschied zu anderen Bundesländern - eine Härtefallkommission installierte wurde. Diese stellt - ähnlich wie der Petitionsausschuß - eine zusätzlich Instanz dar, die Entscheidungen im Sinne der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge ändern kann. Diese Institutionen haben zweifelsohne Abschiebungen verhindert und Menschenleben gerettet. Aber der Fokus auf den Einzelfall stellt einen politischen Rückzug dar.

Ziel muß es weiterhin sein, allen Flüchtlingen den Weg nach Deutschland und eine menschenwürdige Existenz hier zu ermöglichen. Nicht nur denen, die es bis in die Härtefallkommission geschafft haben. Angesichts des rassistischen

weiter auf Seite 2

Vergeben und Vergessen ?

Von der neuen deutschen Normalität

Seit dem Fall der Mauer vor zehn Jahren versucht Deutschland, wieder zu einer Großmacht auf dem Kontinent zu werden. In der öffentlichen Diskussion werden dabei zwei Dinge miteinander verknüpft: Der Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit und die Normalisierung der deutschen Außenpolitik.

Almosen für die Opfer des NS

Nachdem die alte BRD bis '89 mal hier und dort ein paar Millionen Mark als Wiedergutmachung für die Vernichtung der europäischen Juden bezahlt hatte, glaubte sie sich von allen folgenden Entschädigungsforderungen befreit. Doch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks änderte sich dies: Zum einen bekamen nun ehemalige polnische oder russische ZwangsarbeiterInnen die Möglichkeit, auf Wiedergutmachung für ihre Zwangsarbeit zu bestehen. Zum anderen wurden viele Akten zugänglich, die es auch Opfern des NS, die inzwischen z.B. in die USA ausgewandert waren, ermöglichte, gegen ihre Peiniger zu klagen. Hinzu kam, dass insbesondere die USA nun keinen Grund mehr sahen, aufgrund der Westbindung der BRD zurückhaltend bei der Durchsetzung der Entschädigungsforderungen gegen deutsche Firmen und deren Staat zu sein.

Deutsche Soldaten dürfen wieder weltweit kriegspielen

So begannen dann die Klagen gegen deutsche Unternehmen wie Mercedes oder BASF auf Schadensersatz für die erlittenen Qualen. Die hierbei erhobenen Forderungen gingen zwar in ihrer Summe auf die 20 Milliarden zu, doch bedeutet auch dies pro Kopf nur einige zehntausend Mark. Selbst die sind aber deutsche Unternehmen im Verbund mit ihrem Staat nicht bereit wenigstens zu zahlen. Der „Kompromißvorschlag" von Verhandlungsführer Graf Lambsdorff heißt sechs Milliarden DM,

weiter auf Seite 2

Lang ersehnt: Die Innovation hält Einzug an NRW-Unis

GeisteswissenschaftlerInnen dürfen ihre Stellen endlich an IngenieurInnen abgeben

Daß sich mit Sprache trefflich Politik betreiben läßt, ist nicht nur zu Kriegszeiten eine Binsenweisheit. So heißen denn auch Stellen- und Mittelstreichungen an den Hochschulen in NRW von jeher „Funktionalreform", „Finanzautonomie" oder - seit Anfang dieses Jahres - „Qualitätspakt".

Diese euphemistische Glanzleistung hat es in der Tat in sich: Nicht weniger als 2.000 Stellen will das Wissenschaftsministerium als Teil der Clementschen Staatsverschlankung bis 2009 an den Unis (nur ein geringer Teil muß von den Fachhochschulen getragen werden) systematisch abbauen. Dafür wurde den Hochschulen ein „Innovationsfonds" in Höhe von 100 Millionen Mark jährlich versprochen - kurz nach Unterzeichnung des „Pakts" durch die Hochschulen Ende April wurde jedoch klar, daß das Ministerium zum Ausgleich die bislang bei der Einstellung neuer Profs gewährten Berufungszuschußmittel in jährlich gleicher Höhe fortan nicht mehr beisteuern wird.

Nun muß man nicht glauben, daß Mittelkürzungen im Bildungsbereich per se böse sind, um Zweifel am Sinn des „Qual.paktes" zu hegen: Es sind natürlich nicht zufällig gerade bestimmte Fächer, die besonders unter den Stellenstreichungen zu leiden haben, nämlich solche, die als „nicht innovativ" oder direkt wirtschaftlichen Verwertungszwecken dienend dastehen.

Ivy League an Rhein und Ruhr

Nicht nur sollen die Mittel des „Innovationsfonds" vor allem den Fächern zukommen, die „für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Landes NRW [...] von besonderer Bedeutung sind", auch die Hochschulleitungen spielen brav mit, sind sie doch nicht uninteressiert an der auch vom Ministerium längerfristig verfolgten Perspektive der „Profilschärfung von Hochschulstandorten". So hat der Rektor der Uni Duisburg, die sowieso überdurchschnittlich viele Stellen absetzen muß, gleich noch 50 Stück auf den Kürzungspool draufgeschlagen und freut sich, einige der „unrentablen" Geisteswissenschaften loszuwerden, um das ingenieurwissenschaftliche Profil in Duisburg zu „schärfen".

Wo bleibt Protest? An den meisten Unis wurden die Streichungen kommentarlos hingenommen!

Rüttgersche Methoden ohne Rüttgers

Selbst dort, wo man sich - wie in Bochum - seitens der Uni-Leitung noch darum bemüht hat, die demokratisch legitimierten Gremien in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen, ist es unweigerlich zu einer Berechnung der in den einzelnen Fächern zu streichenden Stellen nach Leistungskriterien gekommen, die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften benachteiligt hat. Unklar ist freilich noch, was aus dem ganzen Projekt wird, wenn im Frühjahr 2000 die CDU die Landesregierung übernehmen wird. Vorsichtshalber hat das Ministerium schon mal 40 % der Stellenstreichungen als erste Stufe des „Qualitätspaktes" zur alsbaldigen Umsetzung bestimmt. Da die SPD aber eh nur die Bildungspolitik der CDU-Bundesländern kopiert, wird wohl auch ein etwaiger Regierungswechsel keinerlei Auswirkungen auf die Hochschulpolitik haben.

Hans Martin Krämer

IMPRESSUM:

SCHLAGLOCH wird herausgegeben vom Landesvorstand der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW e.V.

Redaktion: Johannes Bock, Sven Cronenberg (V.i.S.d.P.)

Anschrift der Redaktion und HerausgeberInnen:

Schlagloch c/o JD/JL NRW, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal

Tel.: 0202/4938354, Fax:0202/451123, jdnrw@online.de, wwjungdemokratinnen.de

Auflage: 10.000 Exemplare. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/99

Namentlich gekennzeichnete Artikel können, sie müssen jedoch nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.Schlagloch kostet im Abonnement 6 DM für vier Ausgaben. Für Mitglieder bei JungdemokratInnen/Junge Linke ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Abdruck von Artikeln ist ausdrücklich erwünscht, bei Zusendung eines Belegexemplares und Angabe der Quelle.

Einsendung von Artikeln und Beiträgen willkommen (bitte nur elektronisch).

Kein Mensch ist illegal

Fortsetzung von Seite 1

Konsens, der derzeit in Deutschland herrscht,ist dies leider eine Forderung, die nicht sehr bald erfolgreich sein wird. Bis dahin muß den einzelnen Flüchtlingen geholfen werden.

Dazu dienen zum Beispiel die sogenannten Grenz-Camps (wie sie z.B. vom Netzwerk "Kein mensch ist illegal" in diesem und im letzten Jahr in Görlitz bzw. Zittau stattfanden), bei denen versucht wird, die Öffentlichkeit auf den alltäglichen Rassismus der Grenzbeamten an der Grenze zu Polen öffentlich zu machen und die Grenzbeamten in ihrer Arbeit zu stören. Ärzte können helfen, in dem sie Menschen, welche ohne Papiere in Deutschland leben, medizinisch versorgen. Einige Kirchengemeinden gewähren Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, Kirchenasyl. Falls drohende Abschiebungen bekannt werden, kann es helfen, für diese Menschen eine Öffentlichkeit zu schaffen und durch Protest zu versuchen, die Abschiebung zu verhindern. An Schulen können die SchülerInnen gemeinsam versuchen, ihreN MitschülerIn vor der Abschiebung zu schützen.

Seid Sand im Getriebe der Abschiebemaschinerie!

Kein Mensch ist illegal!

Von der deutschen Normalität

Fortsetzung von Seite 1

umgerechnet etwa 1.200 DM pro KlägerIn. Dies ist eine Verhöhnung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen. Nachdem der allergrößte Teil ihrer LeidensgenossInnen gestorben ist, sollen sie mit einem Almosen abgespeist werden.

Die neue deutsche Dreistigkeit

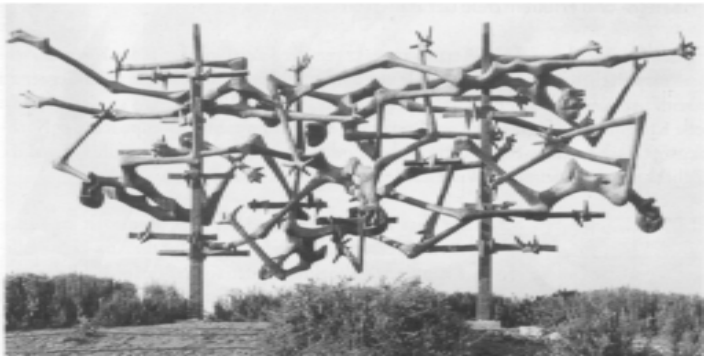
Verbunden ist dieser Schutz der deutschen Unternehmen insbesondere durch Bundeskanzler Schröder mit immer neuen Dreistigkeiten in der Außenpolitik. Für Schlagzeilen sorgte hier zuletzt die Forderung, Deutsch als dritte offizielle Verhandlungssprache in der EU einzuführen. Oder der Anspruch, nun auch eigene Interessen in aller Welt militärisch durchsetzen zu dürfen. Hatte die alte konservative Regierung wenigstens noch ein paar Hemmungen, deutsches Militär in historisch belasteten Gebieten wie dem Balkan einzusetzen, sind unter rot-grün alle Hemmungen gefallen.

Deutschland wird normal

Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik findet ihre Entsprechung auch im Innern. Immer mal wieder gibt es öffentliche Gelöbnisse oder „Große Zapfenstreiche" (mit Fackelzug, Abspielen der Nationalhymne, Helm ab zum Gebet). Soldaten werden aufgefordert, ihre Uniform auch außerhalb der Kaserne zu tragen. Die EinwohnerInnen dieses Landes werden so an die Präsenz des Militärs gewöhnt. Von Gegenwehr ist allerdings ebenfalls wenig zu spüren.

Die Legitimität der Militarisierung der Außenpolitik und des öffentlichen Raums beziehen Bundeswehr und Bundesregierung aus der Rolle, die das Militär angeblich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gehabt habe. Dabei berufen sie sich auf den Anschlag auf Hitler im „Führerbunker" 1944. Geflissentlich verschwiegen wird dabei nicht nur, dass der erste Anschlag auf Hitler 1939 mit Georg Elser von einem Mitglied des kommunistischen „Rot-Front-Kämpferbundes" verübt wurde. Verschwiegen wird auch, dass der Anschlag 1944 angesichts der nahenden militärischen Katstrophe verübt wurde, und dass die beteiligten Militärs nicht etwa die Errichtung einer Demokratie als Ziel hatten. In zahlreichen Dokumenten ist belegt, dass es sich bei ihnen durchweg um Antisemiten handelte, die entweder die Errichtung eines autoritären Regimes oder die Wiederherstellung der Monarchie im Kopf hatten. Aber das propagandistische Ziel ist erreicht. Die Deutschen können sich als ein einig Volk von WiderstandskämpferInnen fühlen, die keine Rücksicht auf ihre grausame Vergangenheit mehr nehmen müssen.

Auch im Umgang mit ImmigrantInnen wird die neue deutsche Normalität offen gezeigt. Ein Prozeß, der mit der Abschaffung des Rechts auf Asyl 1993 begann. Seine Fortsetzung findet er in der Abschiebepraxis. Kaum war der Kosovo „befriedet" (ein Bild, dass nur durch die Ausblendung der Pogrome gegen SerbInnen, Roma, Sinti und nicht zuletzt JüdInnen entstehen konnte), wurden die Flüchtlinge, sowieso nur unter Protest aufgenommen, wieder abgeschoben. Ein anderes Beispiel verdeutlicht, was Normalität in Deutschland heißt: mußte in Belgien ein Minister seinen Hut nehmen, nachdem ein Asylbewerber bei der „Rückführung" durch die beteiligten Bematen getötet worden war, gab es in einem ähnlichen Fall in Deutschland eine „Untersuchung der Vorfälle". Anschließend mußten nicht mal die beteiligten BGS-Beamten ihren Hut nehmen.



Yad Vashem - zentrale Holocaust Gedenkstätte in Israel. In Deutschland hingegen soll schluß gemacht werden mit der Erinnerung an den Holocaust

Nicht zuletzt sind auch die national befreiten Zonen besonders in Ostdeutschland Teil der deutschen Normalität. Während es aber auf der einen Seite diese Gebiete gibt, in die sich als solche erkennbare AusländerInnen, Homosexuelle, Punks und Linke nicht mehr hereintrauen dürfen, wird antifaschistischer Widerstand mit aller Härte des „Rechtsstaats" verfolgt. So kommt es immer wieder zu Ermittlungen gegen Antifa-Gruppen wegen „Gründung einer terroristischen Vereingung".

Aktiv werden

Gegen diese deutsche Normalität, die ihren Ausdruck in aggresiver Außenpolitik, Militarisierung des öffentlichen Raums, Schlußstrich unter die Vergangenheit und national befreiten Zonen ihren Ausdruck findet, müssen alle aktiv werden, die das Zeil einer emanzipatorischen Gesellschaft noch nicht aus den Augen verloren haben. Es gilt, sich zu organisieren, aktiv zu werden gegen „das neue Deutschland" in all seinen Formen. Kein Vergeben, kein Vergessen!

Dirk Burczyk

Papier - der Stoff, auf dem die Infos stehen

Tageszeitung, Magazine, Werbeplakate, Prospekte, Fachzeitschriften und vieles mehr liefern uns oft mehr Informationen als uns lieb ist. Und doch sind Papier und Zellstoffprodukte aus unserem Alltag kaum wegzudenken. Sie umgeben uns von der Wiege bis zum Bahre. Babys werden in Windeln (aus Zellulose) gewickelt und die Nachricht über das Ableben von Angehörigen oder Freunden erreicht uns über den Totenbrief.

Wen wundert´s, daß der Papierverbrauch da in den letzten Jahrzehnten gigantische Ausmaße angenommen hat. Verbrauchte jede/r Deutsche 1950 noch weniger als 33 kg Papier, so konsumiert jede/r Einzelne am Ende des 20. Jahrhundert mehr als 190 kg, also fast das Sechsfache. Im Weltvergleich gehören wir damit zu den Spitzenreitern in Sachen Papierverbrauch. In Deutschland hat ein Baby, wenn es seinen ersten Geburtstag feiert, die gleiche Menge Papier und Zellulose verbraucht wie ein Inder mit 50 Jahren.

Eigentlich könnten wir glücklich und zufrieden sein mit so viel Lesestoff und dem Komfort durch Papiertaschentücher, Zewa-wisch und weg, Klopapier, Kaffeefilter, Teebeutel, Tetrapack....., wären da nicht die Schattenseiten des weißen Materials.

Daß der Rohstoff für die Papier- und Zellstoffproduktion aus den Wäldern kommt, ist längst bekannt. Doch daß das Holz nicht aus deutschen Wäldern, sondern vor allem aus ausländischen Forsten und, was viel bedenklicher ist, aus den Urwäldern der nördlichen Hemisphäre stammt, ist den wenigsten bekannt.

Nicht einmal zehn Prozent der Rohstoffe für die Papierindustrie stammen aus Deutschland. Den Löwenanteil liefert Schweden, gefolgt von Kanada mit fast 24 Prozent der Gesamtproduktion.

Kanada ist weltweit der größte Exporteur für Holzprodukte und Britisch-Kolumbien, die westlichste der kanadischen Provinzen, liefert die Hälfte der Produktion. Britisch-Kolumbien beherbergt entlang der Pazifikküste die letzten zusammenhängenden Regenwälder der gemäßigten Breiten. Und gerade hier schlägt die kanadische Forstindustrie gnadenlos zu. Das einzigartige Ökosystem wird kahlgeschlagen und verschwindet in den Mühlen der Papierindustrie, um zu kurzlebigen Papierprodukten verarbeitet zu werden.

Von allen Seiten dringen die Holzkonzerne in die Täler ein und holzen ab, Tal für Tal, jeden Tag mehr als einen Quadratkilometer. Die Forstindustrie pflanzt nach ihren Kahlschlägen zwar wieder Bäume an, doch Urwälder kann man nicht pflanzen, denn die entstehen nur sehr langsam in Hunderten von Jahren. Die monotonen Wiederaufforstungen der Forstindustrie sind nicht annähernd ein Ersatz für die zerstörten Urwaldflächen. Mit ihm verschwinden viele Tier- und Pflanzenarten sowie die jahrtausendealte kulturelle und spirituelle Heimat der Nordwestküstenvölker. Mehr als die Hälfte der Regenwälder sind bereits abgeholzt und das Tempo der Zerstörung ist bedrohlich.

Überall auf der Welt müssen Waldvölker zusehen, wie ihre Lebensgrundlage zerstört werden. Die Cree in Quebec, die Saami in Skandinavien, die Innu in Labrador und unzählige andere Waldvölker haben eins gemeinsam: sie verlieren ihre Heimat und ihre Existensgrundlage.

Wir sind nicht unbeteiligt an diesen Zerstörungsprozessen. Grenzenloser Konsum hat Konsequenzen. Aber es gibt Alternativen und Auswege. Die Reduzierung des eigenen Papierkonsums und der Gebrauch von Recyclingpapier ist, neben flankierenden politischen Maßnahmen (z.B. Förderung einer naturnahen Waldpolitik, Besteuerung von umweltschädigenden Produkten, um den wahren Preis einer Ware widerzuspiegeln, Unterstützung von Minoritäten bei der Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber wirtschaftlichen Interessen), ein wirksamer Schutz gegen die anhaltende Vernichtung der Regenwälder.

Daß einiges getan werden kann, um Papier zu sparen und welches Papier hilft, die Wälder zu schonen, das ist in „Kahlschlag für Deutschland“, einer Broschüre, die kostenlos bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald zu beziehen ist, zu erfahren. Anfang nächsten Jahres wird Urgewald zusätzlich eine Broschüre mit viel Informationen rund um das Thema Papier herausgeben. Natürlich auf Altpapier gedruckt. Denn soviel sei jetzt schon verraten, Papier aus Altpapier schont die Wälder, entlastet die Mülldeponien, verbraucht bei der Herstellung weniger Wasser sowie Energie und auch das Abwasser wird weniger belastet als bei der Herstellung von Frischfaserpapieren.

Agnes Dieckmann(Urgewald)

Gigantischer Papierhunger zerstört die Lebensgrundlagen indianischer Völker

Und um sich beim Einkauf von Papier in Zukunft sicher durch den Umweltlabel-Dschungel bewegen zu können, hier die Umweltlabel, auf die Verlaß ist:

papierTIGER

ila Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila 226 (Juni 99): Tango – Musik, Tanz und Politik
ila 227 (Juli/Aug. 99): La Paz – Gesicht einer Metropole
ila 228 (Sept. 99): Mexico in den USA – Blicke über die Grenze

Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika erscheint monatlich, 60 Seiten stark, zum Preis von 8 DM, im Abo 70/60 DM (10 Ausgaben/Jahr)

ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13, Fax 63 12 26

Vertreibung von UreinwohnerInnen in Indien

Staudammprojekt zerstört Lebensgrundlagen * Trotzdem will die BRD den beteiligten Firmen Hermesbürgschaften geben

Die 1300 km lange Narmada, die den zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh durchfließt, gilt als einer der heiligsten Flüsse Indiens. Seit unzähligen Generationen bewirtschaften Hindu-Kleinbauern in den Dörfern am Mittellauf des Flusses die fruchtbaren schwarzen Böden an ihren Ufern. Ihre Tempel und Gebete sind der „Flußgöttin“ Narmada geweiht, die den Bewohnern dieser Dörfer als Ernährerin und Beschützerin gilt. Seit zwei Jahren gehen jedoch die Dorfbewohner in Pathrad, Mardana, Sulgaon und 58 weiteren Dörfern sprichwörtlich auf die Barrikaden. Das Land ihrer Vorväter soll für einen Großstaudamm namens „Maheshwar“ überflutet werden.

Lieferanten und Finanziers des ersten privat-finanzierten Wasserkraftwerks in Indien kommen vornehmlich aus Deutschland. Die Bayerische HypoVereinsbank hat einen Kredit in Höhe von 257 Millionen US $ in Aussicht gestellt und die Firma Siemens will Generatoren und Turbinen für das Kraftwerk liefern. Aber natürlich nur, wenn sie selbst nicht das Projektrisiko tragen müssen. Deshalb hat die Bundesregierung ihnen eine staatliche Risikoversicherung in Form einer Hermesbürgschaft in Aussicht gestellt. Im Falle von Zahlungsschwierigkeiten der indischen Seite kommt dann der deutsche Steuerzahler für die von Siemens gelieferten Turbinen auf.

An die 40.000 Menschen in 61 Dörfern würden Haus und Hof verlieren, wenn das 400 Megawatt starke Maheshwar-Kraftwerk gebaut würde. Sie haben in den letzten zwei Jahren acht mal den Bauplatz besetzt und über viele Monate hinweg alle Bautätigkeiten zum Erliegen gebracht. „Wenn dieser Damm je gebaut wird, werden wir nicht von Ort zu Ort ziehen, um für Brot zu betteln. Lieber ertrinken wir als zuzusehen wie unsere Mutter Narmada für dieses Projekt zerstört wird“ sagen die Frauen aus Pathrad, Mardana und anderen Orten. Sie stehen an vorderster Front in der Widerstandsbewegung Viele von ihnen wurden schon mehr als zehnmal verhaftet und haben dabei die Schläge der mit Lathis [Stöcken] bewaffneten Polizei zu spüren bekommen. Um so entschlossener sind sie ihr Land und ihre Familien gegen den Damm zu verteidigen.

„Große Staudämme bedeuten immer großes Leid für die betroffene Bevölkerung“ sagt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy. „Seit der Unabhängigkeit wurden für den Bau dieser Mammutprojekte über 30 Millionen Menschen in unserem Land vertrieben“. Die Widerstandsbewegung gegen große Dämme an der Narmada erhält inzwischen aus dem ganzen Land Unterstützung von Schriftstellern, Studenten, Gewerkschaftern und Prominenten. Indiens Tageszeitungen bezeichnen sie als „wichtigste Bewegung des zivilen Ungehorsams seit Gandhi“.

Als Urgewald im Mai 1998 erfuhr, daß deutsche Firmen ausgerechnet an der Narmada den Bau eines Großstaudamms unterstützen wollen, haben wir gleich einen Vertreter der Widerstandsbewegung nach Deutschland eingeladen. Die damalige Bundesregierung hatte zwar bereits eine Hermesbürgschaft für Maheshwar in Aussicht gestellt, legte aber nach dem Besuch diese Grundsatzzusage auf Eis, um das Projekt neu zu prüfen.

Gigantische Staudämme wie dieser sollen auch in Indien die Lebensgrundlagen von Menschen zerstören

Nach dem Regierungswechsel im September 1998 war das Projekt aber noch nicht vom Tisch. Urgewald hat deshalb im Dezember 1998 eine Recherchereise in die Maheshwar-Region unternommen und die ökologischen und sozialen Bedenken gegen das Projekt in einem ausführlichen Bericht zusammengestellt. Als Siemens und die HypoVereinsbank im Sommer 1999 einen neuen Vorstoß unternahmen, doch noch eine Hermesbürgschaft für das Projekt zu erwirken, haben wir wiederum eine Vertreterin aus Indien eingeladen, die dem für Bürgschaften zuständigen Interministeriellen Ausschuß der Bundesregierung eindrücklich die Folgen des Vorhabens für die lokale Bevölkerung schilderte. Wiederum wurde die Entscheidung zurückgestellt.

Jetzt versucht Siemens erneut die Bürgschaft einzufordern und die rot-grüne Bundesregierung muß nun Farbe bekennen, was ihr wichtiger ist: die Profite deutscher Firmen oder die Überlebensrechte indischer Kleinbauern. *Helfen Sie mit, den 'Götterboten' Hermes in die Knie zu zwingen und unterstützen Sie unsere Postkartenaktion an die Bundesregierung. Narmada Bachao - Rettet die Narmada!*

Heffa Schücking, Urgewald

Postkarten sowie eine Kopie unseres Berichtes erhalten Sie in der Urgewald-Geschäftsstelle: Von-Galen-Str. 4, 48336 Sassenberg, email: urgewald@koeln.netsurf.de

Konsens ist Nonsens - 1 Jahr Rot/Grüne Atompolitik

"Innerhalb von einem Jahr wird der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen!" So tönte es bei Antritt der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag (kurz KO-Vertrag). Inzwischen ist mehr als ein Jahr vergangen und der Ausstieg aus der Kernkraft ist keinen Schritt näher gekommen. Mit den im KO-Vertrag vereinbarten Bedingungen wird in Wirklichkeit eine Modernisierung der Atomindustrie betrieben und der reibungslose Weiterbetrieb für die nächsten 30 - 40 Jahre gesichert. Und jeder Tag des Weiterbetriebs erhöht die strahlende Müllmenge und das Risiko eines schweren Unfalls. Das alles mit Duldung durch die Grünen.

Die im KO-Vertrag vorgesehenen Veränderungen des Atomgesetzes wurden bis heute nicht beschlossen. Diese wären aber so marginal, daß sie kein AKW sicherer machen würden. Eher werden sie die Lage der Betreiber sogar noch verbessern. Die Lagerkapazitäten für radioaktives Material an den AKW-Standorten muß erhöht werden, damit wegen des noch bestehenden Transportstopps für Atommüll kein AKW abgeschaltet werden muß. Das heißt, daß die rot/grüne Regierung ca. 15 neue Zwischenlager genehmigen muß.

Das Verbot der Wiederaufarbeitung ist ebenfalls bisher gescheitert. Obwohl es Kostenvorteile für die Betreiber schaffen würde und schon vor 15 Jahren von der VEBA gefordert wurde. Das Verbot der Wiederaufbereitung ist aber vor allem politisch dringend notwendig, da durch die Wiederaufbereitung waffenfähiges Plutonium entsteht.

Mit der angekündigten Schaffung eines Endlagers bekommt die Atomindustrie genau das was sie immer wollte, den endgültigen Entsorgungsnachweis und damit die Lösung eines ihrer größten Probleme. Entgegen dem KO-Vertrag ist Gorleben als Endlager weiter in der Diskussion und Schacht Konrad soll zusätzlich als zweites Endlager genehmigt werden.

Seit Jahren spart die Atomindustrie Geld für Abriß der Atomanlagen und für die Endlagerung. Inzwischen sind 74 Mrd. DM zusammengekommen, die nicht versteuert werden müssen! Die Zinsen aus diesen Geldern bekommen aber die Unternehmen, außerdem dient das Geld als Sicherheit bei Krediten. Von der anfangs geforderten Überführung dieser Rückstellungen in eine Stiftung steht in dem Koalitionsvertrag nicht eine Zeile. Wir können also davon ausgehen, daß die Konzerne diese unrechtmäßig verwendeten Gelder behalten dürfen.

Nun ist Rot/Grün für uns in NRW nichts Neues und die Grünen sind in NRW nicht nur bei Garzweiler eingeknickt. Unter Rot/Grün wurden die Kapazitätserweiterungen für Ahaus und die UAA Gronau genehmigt und es war ein grüner Polizeipräsident der mit Lügen und miesen Tricks den CASTOR Transport nach Ahaus vorbereitet und am Tag X hat durchprügeln lassen. Auf seine Anordnung wurden bei dem Transport über 600 Menschen festgenommen, diese müssen nun mit Strafverfahren rechnen. Mensch müßte extrem naiv sein, um in rot/grüne Atompolitik noch irgend eine Hoffnung zu setzen!

Die letzten Kriege in Jugoslawien, Tschetschenien und der Golfkrieg haben erschreckend klargemacht, daß es keine Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie gibt. In diesen Kriegen wurden zum erstenmal Urangeschosse eingesetzt, was meist aber unbekannt blieb. Dadurch wurde die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen nochmal gesenkt. Zusätzlich besteht auch immer mehr die Gefahr, daß "zivile" Atomanlagen Ziel von Bombeneinsätzen werden. Im Krieg mit Jugoslawien drohte der russische Präsident Jelzin daher in einem Brief den Kriegseintritt Rußlands an, falls im Kriegsgebiet Atomanlagen beschädigt würden. Im Tschetschenienkrieg wird mit Anschlägen auf Atomanlagen gedroht.

Deshalb gilt die Einschätzung des internationalen Gerichtshofes nicht nur für Atomwaffen, sondern für alle Atomanlagen. Durch die Nutzung der Kernenergie wird nach wie vor die Gefährdung der Menschheit in Kauf genommen.

Eine erfreuliche Nachricht zum Schluß- leider aus dem Ausland: Atomwaffen sind unmoralisch, gefährlich, umweltzerstörend und eine schreckliche Verschwendung von Rohstoffen. Daher wurden sie vom internationalen Gerichtshof am 8 Juli 1996 für illegal erklärt. Auf der Basis dieses Urteils wurden 3 Friedensaktivistinnen Ende Oktober 1999 von einem Gericht freigesprochen, die in Schottland in einer Basis für Atom U-Boote Sachbeschädigung durchgeführt hatten.

Marta Schneider

Der nächste Tag X kommt bestimmt...

„Also ich glaube, Strom ist gelb"

Über Strommonopole und den anti-ökologischen Rollback - Schlechte Chancen für Sonne & Wind

Mit der „Binnenmarktrichtlinie Elektrizität" der EU ging ein alter Traum der Marktliberalisierer in Erfüllung: die Monopolstrukturen auf dem Energiesektor wurden entflechtet, in dem Produktion, Transport und Verteilung separiert wurden. Das hat zur Konsequenz, dass nun ein Stadtwerk oder sonstiger Stromerzeuger wie RWE nicht mehr allein den Markt „seiner" Stadt versorgen und niemand anderen oder nur unter hohen Auflagen hier hinein lassen darf. Oberstes Ziel war nach der offiziellen Darstellung die langfristige Senkung der Preise durch die Konkurrenz.

Gleichzeitig machten sich auch die Anhänger erneuerbarer Energien Hoffnungen, nun ihre Chance zu haben. Konnten sie doch bis dahin durch die Monopolstrukturen kaum auf den Markt, und wenn, nur gegen horrende Durchleitungsgebühren, die es den KundInnen schwer machten, sich für erneuerbare Energien zu entscheiden.

Doch nun wird eine neue Entwicklung sichtbar, die besonders die Hoffnungen der letztgenannten Gruppe zunichte macht: denn statt der bisherigen Gebietsmonopole bilden sich nun Unternehmensmonopole heraus.

Die werbetechnische Simulation des Marktes

Ob per Radio, Fernsehen oder Postwurfsendung: es scheint so, als gäbe es gerade einen großen Kampf um Kunden zwischen RWE, Bayernwerk, Yello, und diversen regionalen und lokalen Anbietern. Auffällig ist dabei, dass selbst die Stromanbieter selbst kaum mit Wechselkunden rechnen: bei RWE war Anfang Oktober von 1.000 neuen Verträgen die Rede, bei Yello sind es „immerhin" einige zehntausend. Doch ist der Adressat des Werberummels wohl auch mehr das Kartellamt. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich, dass der deutsche Strommarkt im großen und ganzen zwischen zwei „Stromgiganten" aufgeteilt ist.

Da ist zum einen die Gruppe Viag-Veba-Preußenelektra-Bayernwerk, wobei Ende September Viag und VEBA fusioniert haben. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern gehören zum Herrschaftsbereich dieser Stromversorger.

Auf der anderen Seite steht eine Gruppe aus RWE, VEW und Energie Baden-Würtemberg (EnBW), wobei hier RWE und VEW inzwischen fusioniert haben. „Yello" ist eine Tochter von EnWB, gehört also auch zu dieser Gruppe. In ihr Einflußgebiet gehören Süd-Niedersachsen, NRW und Baden-Würtemberg.

Der ostdeutsche Strommarkt wird von dem Kunstgebilde „Vereinigte Energiewerke AG" beherrscht, in dem die beiden Gruppen die Hauptaktionäre sind. Es ist zu erwarten, dass die VEAG mittelfristig unter die Töchter der beiden „Großen" verteilt wird, und somit der bundesrepublikanische Strommarkt von zwei Monopolen beherrscht wird. Opfer dieses Preiskampfes werden wohl vor allem die Stadtwerke, die meist mit der teureren, aber umweltfreundlicheren Energiegewinnung durch Kraft-Wärme-Kupplung mit Gaskraftwerken arbeiten. Sie sind dann vor die Wahl zwischen Ausverkauf oder Fusion gestellt.

Die beiden einzigen größeren Inseln im großen Meer der Monopole sind die Stadtwerke von Hamburg und Berlin. Gerade aber die Berliner Bewag (Berliner Kraft- und Licht AG) wird als teuerste Stromanbieterin Deutschlands kaum der billigen Atomstrom-Konkurrenz von Yello standhalten können. Aus den Reihen der Stromanbieter ist jedenfalls zu hören, die Aufteilung des deutschen Strommarktes sei schon beschlossene Sache. Die Deutsche Bank geht in ihrer Hauspostille „Private Banking" davon aus, dass „Großfusionen weiter an der Tagesordnung sein werden". Nur so wird sich das Duopol Viag-Veba-Preußenelektra-Bayernwerk / RWE-VEW-EnBW gegen die Konkurrenz aus dem Ausland und durch kleinere Energiefirmen schützen können. Denn wer über das Stromnetz verfügt, kann von

weiter auf der nächsten Seite

Die Beschlüsse der Herbstkonferenz der Anti-Atom Initiativen

Die Forderung nach einem Sofortausstieg ist richtig, denn Atomanlagen verstoßen gegen geltendes Recht, sind technisch nicht beherrschbar und hinterlassen strahlenden Abfall für viele tausend Jahre. Es gibt weder sichere Zwischen- noch Endlager.

Der nächste Castor Transport wird blockiert, egal wohin transportiert wird - also auch Rücktransporte aus England oder Frankreich (Strahlung und Internationale Konzerne kennen auch keine Grenzen). Sollte der grüne Umweltminister Trittin mit seinen gegen das Atomgesetz verstoßenden Plänen zur Transportbereitstellungslagerung d.h. Atommüllbehälter werden an den AKW Standorten unter freiem Himmel gelagert, durchkommen, um den Betreibern aus ihrer Entsorgungsklemme zu helfen gibt es vielfältige Möglichkeiten für die Anti-Atom Bewegung den Ausstieg zu erzwingen.

Leere Behälter könnten beim Abtransport aus der Fertigungsstätte blockiert werden, eine Blockade der Urananreicherungsanlage in Gronau oder der Brennelementefertigung in Lingen könnten den AKW Betreibern den Saft abdrehen.

Siemens und Framatome sind mit der Planung von neuen AKW in der Türkei, sowie der Fertigstellung und dem Umbau von Altanlagen in Osteuropa verantwortlich für den Erhalt dieser menschenverachtenden Technologie.

Die nächste Frühjahrskonferenz der Anti-Atom Bewegung findet im Ruhrgebiet statt und zwar voraussichtlich im Autonomen Zentrum in Mülheim. Damit tagt die Anti-Atom Bewegung endlich an der Quelle allen Übels, befindet sich doch mit der RWE Hauptverwaltung der größte Monopolist unter den Energieunternehmen und mit der GNS und der GNB die für Transporte und strahlende Castorbehälter verantwortlichen Firmen im benachbarten Essen, die Castorfertigung und die Siemens KWU in Mülheim. In Duisburg wird in einer Thyssenhalle mitten im Wohngebiet radioaktiver Abfall in Fässern verpackt und gelagert und in Krefeld verarbeitet die Gießerei Simpelkamp radioaktiven Schrott und will den strahlenden Müll in Hünxe bei Dorsten in der Deponie freisetzen. Die rot/grüne Bundesregierung will zu diesem Zweck die Stahlenschutzverordnung ändern und die rot/grüne Landesregierung hat bereits ihre Zustimmung signalisiert. Die Frühjahrskonferenz bietet natürlich auch die Gelegenheit diese Themen aktiv in den NRW Landtagswahlkampf einzubringen und diese Skandale nachhaltig öffentlich zu machen.

Die Bilanz von einem Jahr rot/grün zeigt, Widerstand ist der einzige Weg zum Atomausstieg. Vor 20 Jahren fuhren die wendländischen Bauern mit ihren Traktoren nach Hannover und Ministerpräsident Albrecht stellte fest: Eine WAA im Wendland ist politisch nicht durchsetzbar. Am 13.11. fahren die Trecker nach Berlin, - was wird Schröder sagen?

(die Konferent fand vom 20.-22. Oktober in Dannenberg im Wendland statt)

Atomkraft in Osteuropa - Tschernobyl hat keine Einsicht gebracht !

Spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl ist Atomkraft weltweit ein kontrovers diskutiertes Thema. Der angeblich klimafreundlichen Form der Energiegewinnung stehen unkontrollierbare Gefahren beim Betrieb der Kraftwerke sowie bei der Wiederaufbereitung und Endlagerung des Atommülls gegenüber. In Deutschland, dem Land mit den angeblich sichersten Atomkraftwerken der Welt, wird diese Kontroverse so hart ausgefochten wie weltweit in keinem anderen Land. Castortransporte und Konsensgespräche sorgen auch noch über die Landesgrenzen hinaus für Schlagzeilen.

Nach dem Wahlsieg der rot-grünen Bundesregierung hatte es den Anschein, in Deutschland würden nun die Weichen umgestellt und ein geordneter Rückzug aus dieser Technologie eingeleitet. Ein Jahr nach Regierungsantritt kann die Regierung aber immer noch keine greifbaren Erfolge beim Ausstieg aus der Kernenergie vorweisen. Der „Runde Tisch" zwischen Regierung und Energieerzeugern ist zerstritten, selbst die beiden Regierungsparteien scheinen sich nicht mehr „ganz grün". Das anvisierte Ziel des Atomausstiegs ist in weite Ferne gerückt.

Bei den Debatten um den Atomausstieg blieb die Frage nach dem deutschen Auslandsengagement in Sachen Atomkraft weitgehend ausgeklammert. Dies ist nicht ganz nachvollziehbar, da es sich um enorme Finanzmittel handelt, mit denen die Bundesregierung Jahr für Jahr den Export von Nukleartechnik fördert. Mit ihren Anteilen an der Osteuropabank (EBWE) und an der EU-eigenen Institution EURATOM sowie durch die Vergabe von staatlichen Bürgschaften gibt die Bundesregierung jährlich etliche Millionen DM aus.

Ende 1998 wurden wir durch die Bitte einer ukrainischen Umweltorganisation, sie bei ihren Bemühungen gegen den Bau von zwei Atomkraftwerken zu unterstützen, auf diese Problematik aufmerksam. Die westliche Staatengemeinschaft hatte der Ukraine zugesichert, ihr Gelder für Ersatzkapazitäten zur Energieerzeugung zu leihen, aber nur dann, wenn diese im Gegenzug den letzten funktionierenden Reaktor in Tschernobyl bis zum Jahr 2000 stilllegt.

Den Teufel mit dem Belzebub

Eigentlich ein ehrbarer Vorsatz, wenn die westlichen Staaten nicht auf die Idee gekommen wären, der Ukraine als Ersatz für Tschernobyl

die Fertigstellung von zwei anderen Atomkraftwerken aufzudrängen/anzubieten. Obwohl der Bau moderner Gaskraftwerke bzw. Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung den Energiebedürfnissen der Ukraine besser entsprechen und nachweislich preiswerter sind, wird inzwischen die Fertigstellung der Atomkraftwerke K2/R4 favorisiert. Sowohl in Khmelnitsky als auch in Rivne stehen bereits (ein bzw. drei) Atomkraftwerke sowie jeweils ein unvollendeter Reaktorrohbau. Zwar sind diese beiden Bauruinen seit 1990 zu ca. 90% fertiggestellt, rotten aber seither ungeschützt vor sich hin. Der Einbau westlicher Technik in diese WWER 1000 Reaktoren russischen Designs ist unter Experten grundsätzlich sehr umstritten. Sie verweisen auf schwere Sicherheitsdefizite im Design dieser Hybridisierungspläne. In Deutschland wurden nach der Wiedervereinigung aus Kosten- und Sicherheitsgründen zwei ähnliche Projekte (die Aufrüstung der AKW Stendal und Greifswald) nicht weiter verfolgt.

Mindestens ebenso bedenklich ist auch der desolate Zustand des gesamten Atomsektors in der Ukraine. Schon bei den jetzt vorhandenen 14 Reaktorblöcken fehlen die Gelder für notwendige Reparaturen, Sicherheitschecks oder für Gehälter der dort Beschäftigten. Die Gefahr eines weiteren Atomunfalls durch Materialermüdung oder „menschliches Versagen" kann keineswegs mehr ausgeschlossen werden. Zwei weitere Reaktoren würden diese Situation weiter verschärfen. Der ukrainische Staatschef Leonid Kutschma geht sogar noch weiter. Er sagt: „Der ukrainische Energiesektor wird von kriminellen Elementen beherrscht." Kein Urteil, das einen ruhiger schlafen läßt, wenn man bedenkt, daß diese Kräfte die Verantwortung für die nukleare Sicherheit der gesamten Region tragen.

Das Bundesumweltministerium ist in eigenen Studien zu den gleichen Schlußfolgerungen gekommen. Trotz einer Aufforderung des Bundestages, sich für Alternativprojekte zu K2/R4 einzusetzen, hält Kanzler Schröder weiter an den Versprechen seines Vorgängers fest und zeigt sich entschlossen, dieses Projekt durchzuführen. Er möchte von seinen ausländischen Kollegen als ein „verläßlicher Partner" wahrgenommen werden und diesem Ziel wird eine konsequente innen- und außenpolitischen Anti-Atomkraftwerkspolitik untergeordnet. Daß Deutschland sich an diesem „Deal" mit der Ukraine mit Staatsgelder in Höhe von rund 800 Millionen DM beteiligen soll, nimmt er billigend in Kauf (auch wenn es unwahrscheinlich ist, daß die Kredite jemals zurückgezahlt werden können). Schließlich sichert dies Arbeitsplätze beim großen deutschen Kraftwerkshersteller Siemens.

Es ist begrüßenswert, daß sich die Bundesregierung für die endgültige Stilllegung von Tschernobyl einsetzt. Die Ukraine muß aber gleichzeitig mit anderen kostengünstigeren und sichereren Energieprojekten unterstützt werden. Man kann nicht im eigenen Land den Atomausstieg propagieren und in anderen Ländern mit schlechteren Rahmenbedingungen diese Form der Energiegewinnung mit finanzieren. Neben den Gefahren, die von diesem Projekt ausgehen, ist die Unterstützung von K2/R4 ein falsches Signal für die gesamte Atomindustrie: Die Kraftwerkshersteller können auf diese Weise die derzeitige „Dürreperiode" im eigenen Land durch eine Abwanderung in Richtung Osten überwinden, bis neue AKW in Deutschland womöglich wieder eine Regierungsmehrheit finden. Auch stellt sich die Frage, wie Energieerzeugern die Einsicht zu vermitteln ist, daß sie die sichereren Atomkraftwerke in Deutschland abschalten sollen, wenn doch die Bundesregierung sich zeitgleich am Aufbau eines unsichereren Atomkraftwerkparks in Osteuropa beteiligt. Wahrscheinlich werden einige von ihnen schon bald im Zeichen des nun liberalisierten Strommarktes versuchen, aus dem Import von billigem Ost-Atomstrom ihren Nutzen zu ziehen.

Christoph Benze, ‚Urgewald'

Fortsezung: „ Also ich glaube, Strom ist gelb"

Konkurrenten horrende Durchleitungsgebühren verlangen.

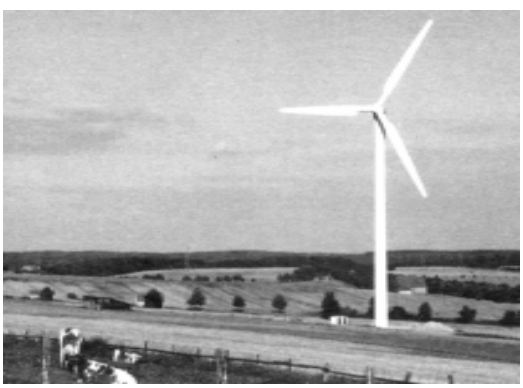
Roll back gegen Erneuerbare Energien

Was hat das Ganze nun mit Erneuerbaren Energien zu tun? Nun, u.a. aufgrund das staatlichen Sponsorings des Atomstroms und der hohen Investitionssumme für neue Solar-, Wind- und Wasserkraftwerke gibt es für die großen Stromanbieter, die ihren Strom zum größten Teil aus Atom- und Kohlekraftwerken gewinnen, keinen Grund, in erneuerbare Energien zu investieren. (Dazu kommt, dass der Atomausstieg inzwischen in weite Ferne gerückt ist, was die Investitionsfreudigkeit nun auch nicht gerade erhöht.) Einzig die Stadtwerke waren in der Vergangenheit dazu bereit, ihren Strom immerhin schon in umweltfreundlicheren Gaskraftwerken zu produzieren, oder bauten neue Wasserkraftwerke. Durch die kräftige Kapitalausstattung zum einen aus der Zeit der Gebietsmonopole, zum anderen aus den steuerfreien Rückstellungen der Atomanlagenbetreiber, können die großen Stromkonzerne nun einen Preiskampf austragen, der die Preisdifferenz zwischen Atomstrom und Strom aus erneuerbaren Energien steigen läßt. Besonders Stadtwerke, die erst in den letzten Jahren eigene Kraftwerke gebaut haben, können in diesem Preiskampf nicht mithalten.

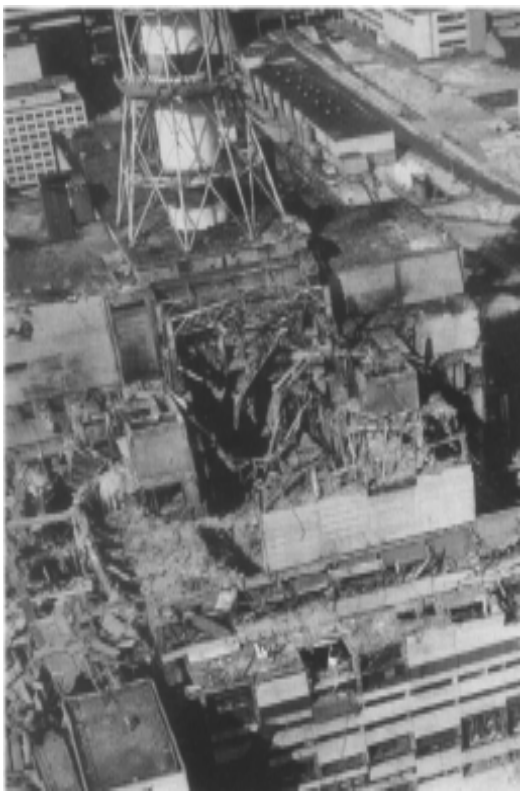
Und durch das ebenfalls faktisch vorhandene Monopol auf die Stromnetze könnten Betreiber neu gebauter Solarkraftanlagen (so es sie denn gäbe) kaum auf den Markt kommen. Zum einen ist ihr Strom aufgrund der Neuinvestition sowieso schon teurer, durch die Durchleitungsgebühren wird dem aber noch was draufgesetzt. Die Situation hat sich also kaum verändert; nur stehen die ökonomisch meist schwachen Anbieter von „Öko-Strom" nun vor Unternehmensstatt vor Gebietsmonopolen, was in seinen Konsequenzen aber das gleiche heißt.

Nähme die Bundesregierung ihr Vorhaben ernst, auf Erneuerbare Energien umzusteigen, müßte sie aktiv dieser Entwicklung entgegensteuern: durch spürbare Abgaben auf fossile und atomare Energiegewinnung, garantiertem Netzzugang für Betreiber ökologisch sinnvoller Stromerzeugung und einer Förderung der dezentral agierenden Stadtwerke. Dies könnte eine Strategie des Ausstieges aus der Atomenergie neuen Schwung geben. Doch im Moment scheint es nicht so, als wolle die rot-grüne Koalition, auch gegen Stimmen aus den eigenen Reihen, den Atomausstieg ernsthaft betreiben. Besonders Bündnis '90/Die Grünen haben in diesem Punkt ihr Versagen einmal mehr deutlich bewiesen.

Dirk Burczyk



Schlechtere Chancen für Öko-Stromdank Markt &



Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat zu keiner Einsicht geführt!

Zu diesem Schwerpunkt

Dieser Schwerpunkt ist, wie eigentlich jeder Artikel in dieser oder auch in anderen Ausgaben von Schlagloch, als Diskussionsbeitrag zu verstehen, nicht als „Bekanntgabe einer ewigen und unumstoßbaren Wahrheit“: In dieser Ausgabe soll das Thema „Utopien“ etwas genauer beleuchtet werden. Um auch nur einen Überblick darüber zu geben, was in politischen Bewegungen oder von PhilosophInnen alles an Gesellschaftsutopien entwickelt worden ist, und auch über die Versuche, Utopien umzusetæn, würde das gesamte Schlagloch nicht ausreichen. Deshalb haben wir uns in diesem Schwerpunkt, mehr oder weniger willkührlich, auf vier Aspekte der Debatte beschränkt:

* im erste Artikel stellt Jan Stehn ‘Manjana’, seinen Entwurf einer utopischen, anarchistischen Gesellschaft vor.
* im Interview befragte Sven von der Schlaglochredaktion Inge, die seit 10 Jahren in einer Gemeinschaft in Wickede an der Ruhr lebt, zu ihren Beweggründen und den politischen Perspektiven von Kommuneleben
* der 3. Artikel beschäftigt sich mit dem Thema „Eigenständige Regionalentwicklung“ und deckt so den Aspekt vieler Zukunftsentwürfe ab, wieder mehr Entscheidungen auf niedrigere - regionale Eben zu verlagern
* zum Schluß übt Dirk Burcyk eine marxistische Kritik an Utopien und allen Versuchen, individuell aus dem Kapiatlistsichen System auszusteigen.

Noch nie haben wir uns bei der Redaktionsarbeit so um die Ausgestaltung eines Schwerpunktes gestritten: Eigentlich ist alles, was hier steht strittig (nicht nur bei uns in der Redaktion): Manjana ist - gerade auch unter Anarchist-Innen umstritten - enthält der Gesellschaftsentwurf doch viele Ideen, die eher aus dem Bereich ‘Marktsozialismus’ stammen. (siehe zum Vergleich andere anarchistsiche Utopien wie „bolo’bolo“ (Verlag Paranoia City) oder zum Thema Marktsozialismus z.B die Schriften von Ota Sik - Wirtschftminister in der CSSR wärend des Prager Frühling 1968.)

Die Beringhofgemeinschaft ist nur eine von mehreren hundert politisch oder andersweitig (oft spirituell/christlich) motivierten gemeinschaftlichen Lebensprojekten in Deutschland: Den einen dürfte der Beringhof viel zu spirituell orientiert sein, den anderen zu politisch motiviert.

Auch das Konzept der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ ist weder völlig klar abzugrenzen noch unumstritten.

Und daß die Sinnhaftigkeit sowohl von Utopien als auch von Alternativprojekten in der Linke grundsätzlich umstritten ist, zeigt nicht zuletzt die Diskrepanz zwichen Dirk’s und den anderen drei Artikeln. Auch nach vielen Stunden Diskussion bei der Redaktionsarbeit waren wir uns in dieser Fragen kaum näher gekommen.

Viel Spaß beim Lesen und diskutieren wünscht die Schlaglochredaktion. Übrigens bieten wir zu diesem Thmen auch Veranstaltungen an - meldet euch im Zweifel in der Landesgeschäftsstelle.

Die Redaktion

Manjana - eine anarchistische Utopie

Viele Menschen denken, wenn sie den Begriff ‘Anarchismus’ hören, an Chaos und Terrorismus. Die Presse schreibt häufig von ‘anarchistischen Verhältnissen’, wenn sie über Bürgerkriege berichtet. Der Anarchismus, wie er als politische Idee im 19. Jahrhundert entwickelt wurde, ist allerdings das Gegenteil von solchen Grausamkeiten: Es ist die menschenfreundliche Hoffnung auf eine Gesellschaft, in der die Menschen sich als gleichwertig und gleichberechtigt begegnen, keiner über andere herrscht und befiehlt, und jeder Mensch frei und selbstbestimmt lebt. Doch das Ideal der Freiheit, das der Anarchismus auf seine Fahnen geschrieben hat, trägt wie eigentliche alle Ideale ein zwiespältiges Gesicht: auf der einen Seite der Wunsch, sich von Abhängigkeiten und Unterdrückung zu befreien und sich selbst zu verwirklichen, auf der anderen Seite kann Freiheit aber auch für Rücksichtslosigkeit, Egoismus und Gewalt ausgenutzt werden.

Marktwirtschaft und Kapitalismus

Die Marktwirtschaft zum Beispiel zeigt solch gegensätzliches Gesicht der Freiheit. Im Ideal der Marktwirtschaft kooperieren und tauschen Menschen sich auf freier Grundlage miteinander aus. Ohne staatliche Planung regeln sich die wirtschaftlichen Beziehungen durch dezentrale Vernetzung und freie Vereinbarungen. Doch da Menschen nicht gleich sind, gibt es immer Gewinner und Verlierer bei einem freien Austausch von Leistungen. Die Gewinner werden Vermögen ansammeln und so ihre Gewinne vergrößern. Aus Marktwirtschaft wird Kapitalismus: eine Minderheit verfügt alleine über die Produktionsmittel und die Mehrheit kann nicht mehr als ihre Arbeitskraft im Austausch der Leistungen anbieten. Die Freiheit der Marktwirtschaft lässt neue Unfreiheit entstehen: Armut und Abhängigkeit auf der einen, ungeheure wirtschaftliche Macht und luxuriöser Reichtum für wenige auf der anderen Seite. Doch die wirtschaftliche Freiheit abzuschaffen, wie es die sozialistischen Länder probierten, ist keine Alternative. Die Planwirtschaft endete im ökonomischen Schlamassel und war ohne brutale, Menschenrechte missachtende Diktatur nicht möglich.

Gewaltfreiheit und Staatsgewalt

Ein ähnlicher Widerspruch lässt sich zum Umgang mit Gewalt zeigen. Freiheit kann sich nur in einer gewaltfreien Gesellschaft entfalten. Denn Freiheit bedeutet ‘Keine Angst zu haben vor nix und niemand!’. Aber wer verhindert, dass Menschen ihre Freiheit missbrauchen und mit Gewalt sich Vorteile auf Kosten anderer verschaffen? Meistens gewinnt der Staat, wenn Menschen sich vor der Gewalt ihrer Mitmenschen fürchten. Sein Gewaltmonopol (Polizei, Justiz, Gefängnis und Militär) begründet er damit, dass die Staatsgewalt den gewaltfreien Umgang der BürgerInnen sichert. Aber sein Gewaltmonopol, das uns schützen soll, bedroht mit einem unsere Vorstellungskraft weit übersteigenden Schreckensarsenal an Massenvernichtungswaffen das Leben auf unserem Planeten.

Gesellschaftliche Vereinigungen

Fassen wir also zusammen: Freiheit braucht einen schützenden Rahmen, der verhindert, dass nicht die Ellenbogen, nicht Rücksichtslosigkeit und Gewalt regieren. Dort aber wo wir dem Staat diese Freiheit schützende Aufgabe übertragen, sind wir in der Gefahr, dass der Staat die Freiheit nicht schützt sondern erdrückt. In der Debatte, ob der Gesellschaft mehr Staat oder mehr Freiheit gut tut, schlägt der soziale Anarchismus einen anderen Weg vor. Nicht der Staat, sondern Vereinigungen gesellschaftlicher Selbstorganisation sollen der Freiheit den notwendigen solidarischen Rahmen geben. Was ist damit gemeint? Von gesellschaftlicher Selbstorganisation spreche ich, wenn Menschen sich zusammentun, um ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten miteinander zu regeln und zu organisieren. Beispielsweise wenn SchülerInnen und LehrerInnen die Initiative ergreifen, ihre graue, langweilige Betonschule farbiger, lebendiger und interessanter umzugestalten. Kleine Initiativen zählen ebenso dazu wie auch große Organisationen wie Greenpeace, die Gewerkschaften oder die Kirchen. Gesellschaftliche Selbstorganisation kann unterschiedlichste Formen annehmen - sie müssen uns keineswegs alle gefallen. Sie unterscheiden sich alle aber deutlich vom Staat und das macht sie für uns AnarchistInnen interessant. Sie sind pluralistisch, gewaltfrei und beruhen auf freien Vereinbarungen. Mensch kann ihnen beitreten, sie mit Spenden unterstützen, aber auch wieder austreten, wenn einem die Sache nicht mehr gefällt.

Können sie den Staat ersetzen?

Können aber solche freien Vereinigungen staatliche Aufgaben übernehmen, wie z.B. die Sozialhilfe, die Justiz oder den Umweltschutz? Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Aber ich bin überzeugt, dass wir Formen gesellschaftlicher Selbstorganisationen entwickeln können, die solche Aufgaben freiheitlicher und besser an den Bedürfnissen der Menschen orientiert lösen werden als die staatliche Bürokratie. In ‘Manjana’ - so nenne ich den Ort meiner Utopie - habe ich beschrieben, wie dies aussehen könnte. Ich will hier daraus nur einen Ausschnitt erzählen.

Genossenschaftsbanken in Manjana

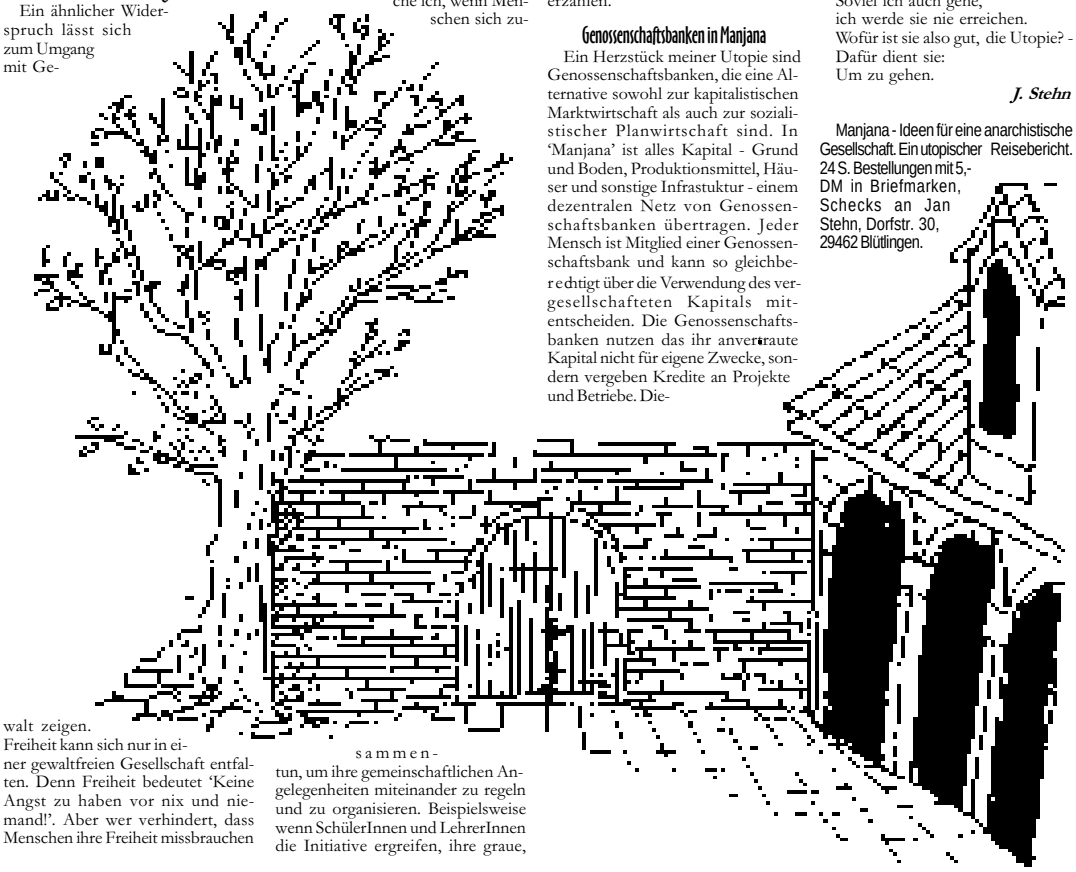
Ein Herzstück meiner Utopie sind Genossenschaftsbanken, die eine Alternative sowohl zur kapitalistischen Marktwirtschaft als auch zur sozialistischer Planwirtschaft sind. In ‘Manjana’ ist alles Kapital - Grund und Boden, Produktionsmittel, Häuser und sonstige Infrastuktur - einem dezentralen Netz von Genossenschaftsbanken übertragen. Jeder Mensch ist Mitglied einer Genossenschaftsbank und kann so gleichberechtigt über die Verwendung des vergesellschafteten Kapitals mitentscheiden. Die Genossenschaftsbanken nutzen das ihr anvertraute Kapital nicht für eigene Zwecke, sondern vergeben Kredite an Projekte und Betriebe. Diese wirtschaften weitgehend selbständig und in eigener Verantwortung. Die Unternehmen tauschen sich über den Markt und andere Formen freier Vereinbarung miteinander aus. Da es kein privates Eigentum an Produktionsmitteln gibt, entsteht in den Unternehmen auch kein privater Kapitalgewinn. Darüber hinaus sorgen die Genossenschaftsbanken mit ihrer Kreditvergabe für eine Unternehmensstruktur, an der viele Menschen beteiligt sind. Die anarchistische Ökonomie in Manjana verbindet also die Vorteile der Marktwirtschaft mit denen des Sozialismus und weist so einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Kapitalismus und Staatswirtschaft.

Bewegung braucht Utopien

Manjana ist eine Utopie, d.h. wir können sie heute noch nicht verwirklichen. Trotzdem ist sie nicht nutzlos. Manjana will uns anregen, heute die Schritte zu tun, unsere Gesellschaft freiheitlicher und menschenfreundlicher zu gestalten und den Staat zurückzudrängen. Fernando Birri hat dies schön beschrieben:

> Die Utopie steht am Horizont
> Ich nähere mich zwei Schritte
> und sie entfernt sich zwei Schritte.
> Ich mach zehn weitere Schritte
> und sie entfernt sich
> erneut um zehn Schritte.
> Soviel ich auch gehe,
> ich werde sie nie erreichen.
> Wofür ist sie also gut, die Utopie? -
> Dafür dient sie:
> Um zu gehen.

J. Stehn



Manjana - Ideen für eine anarchistische Gesellschaft. Ein utopischer Reisebericht. 24 S. Bestellungen mit 5,- DM in Briefmarken, Schecks an Jan Stehn, Dorfstr. 30, 29462 Blütlingen.

Gemeinschaftliches Leben als politische Perspektive

Vorstellung der Beringhofgemeinschaft in Wickede bei Dortmund * Ökologie, Spiritualität, Politik, Zukunft ?!

Sven: *Inge, sag unseren LeserInnen doch mal, was der Beringhof ist und was ihn von einem ganz gewöhnlichen Hof unterscheidet !*

Inge: Der Beringhof ist in erste Linie eine Gemeinschaft. Wir leben

Morgenkreis auf dem Beringhof

hier mit 12 Erwachsenen und 6 Kinder seit 10 Jahren zusammen. Wir haben für unsere Gemeinschaft ein paar Orientierungspunkte: Das eine ist, daß wir gemeinschaftlich Leben wollen: Wir tun alles Geld, was wir verdienen, in einen großen Topf. Aus diesem bezahlen wir die Dinge des täglichen Lebens. Oder wir treffen Entscheidungen auf unserem Gruppenabend einmal pro Woche im Konsens – also wenn einer gegen etwas ist, wird das auf keinen Fall gemacht. Es muß also immer so lange diskutiert werden, bis eine für alle tragbare Lösung gefunden ist.

Dann ist uns sehr wichtig - war es auch schon bei der Gründung - daß wir in der Gemeinschaft ökologisch leben. Also so leben, daß wir diesen Planeten nicht noch mehr zerstören. Das drückt zum einem im Bauen aus – wir haben die vielen Umbauten und Renovierungen nur mit umweltfreundlichen Baumaterialien gemacht, z.B. mit Lehm, Schliffmatten.. .Auch bei den Nahrungsmitteln, die wir zu uns nehmen, achten wir sehr darauf, daß sie umweltverträglich sind. Aus diesem Grunde essen wir auch kein Fleisch. (...)

Auch beim Heizen achten wir auf die Ökologie. Wir heizen mit Holz, das ist ja ein nachwachsender Rohstoff. Es gibt ja zur Zeit auch bei Sägewerken viel Abfallholz, was man billig erwerben kann.

Sven: *Du erwähntest das Wort Gemeinschaft – meint das so was wie Kommune ?*

Inge: Na ja - Kommune im engeren Sinne sind die Gemeinschaften, die aus der politischen Bewegung der 70er/80er Jahre hervorgangen sind. Die sind, was das Eigentum angeht noch radikaler: Die haben nicht nur eine Einkommens- sondern auch eine Vermögensgemeinschaft – also alles Geld, was du besitzt, tust du in einen großen Topf. Sonst sind eigentlich die Probleme und Freuden in Gemeinschaften ähnlich wie in Kommunen.

Sven: *Wie sieht es mit dem Kontakt nach außen aus ? Wie nehmen euch die Menschen in den umliegenden Ortschaften war?*

Inge: Wir haben ja von vorne herein viel Wert darauf gelegt, uns nicht zu isolieren und deshalb ein Seminarhaus mit geplant. Natürlich hieß es, bevor wir überhaupt hier her gezogen waren, wir wären eine Sekte, denn wir legen auch viel Wert auf eine spirituelle Orientierung. Wir waren von vorne herein schon als Sekte etwas gebrandmarkt, haben dann aber viel Kontakt zur Gemeinde gesucht, so daß das jetzt nicht mehr der Fall ist.

Ansonsten verschicken wir alle halbe Jahr Programme und Beschreibungen von dem was wir machen. Ich denke nicht, daß wir isoliert sind. Es gibt auch viel Kontakt zu Menschen, die ähnliche Sache machen.

Wir haben auch die sogenannten Beringhof-Tage - 4mal pro Jahr - so zusagen für Neugierige. Dann gibt es noch Erfahrungswochen, wo Neugierige uns kennenlernen können, Gemeinschaft erfahren können oder Helferwochen, wo Leute einfach zum mitarbeiten kommen. Am Anfang gab's einige Internationale Workcamps hier. So bemühen wir uns, daß Vorurteile nicht entstehen können.

Sven: *Wie verdient ihr euer Geld?*

Inge: Mittlerweile haben wir 4 eigene Betriebe, die zwar noch nicht wirtschaftlich genug sind für die Dauer – aber immer hin. Ein Mitglied arbeitet auch draußen und zwei Leute bekommen Arbeitslosenhilfe, eine Frau bekommt eine Rente. Unser Ziel ist aber schon, auf eigenen Beinen zu stehen, was aber nicht so einfach ist. Denn unsere Betriebe sind ja Gemüseanbau, Imkerei, Seminarbetrieb. Da kann man nicht viel Geld mit verdienen. Zumindest nicht in diesem kleinen Rahmen. Wir haben noch einen Garten/Landschaftsbaubetrieb – das ist ja ein Dienstleistungsbetrieb – da kann man schon etwas mehr Geld mit verdienen.

Sven: *Wie funktioniert das mit dem Ein- und Ausstieg von Leuten ?*

Inge: Also wir wohnen hier jetzt 10 Jahre – zwei von den derzeitigen Mitglieder n sind von Anfang an hier. Es ist also doch eine Fluktuation hier, die vielleicht auch manches Gute hat, z.B. daß es wieder neue Impulse und Ideen gibt. Manchmal verhakt sich was in den Beziehungen auch so, daß man es kaum noch geregelt bekommt.

Aber auf der anderen Seite muß ich sagen, die ich hier von Anfang bin, daß es auch anstrengend ist, sich wieder auf andere Menschen einzulassen. Aber bis jetzt haben wir es auch immer geschafft.

Wenn jemand hier einziehen will, gibt es einen Annäherungsprozess mit Besuchen von ein paar Tagen, wieder nach Hause fahren, drüber nachdenken – so wohl derjenige, der hier her kommen will, als auch wir. Vor der endgültigen Entscheidung gibt es mindestens drei Wochen Probewohnen. Wenn dann beide Seiten ja sagen, dann geht es los.

Sven: *Seht ihr gemeinschaftliches Leben als einen politischen Akt an ?*

Inge: Ich sehe das schon als politisch an. Das ist zwar keine Parteipolitik. Aber die Gemeinsamkeit, die Orientierungspunkte „einfacher, gemeinsamer, ökologischer" sind allein viel viel schwieriger zu leben. Allein ist das viel weniger kreativ - macht weniger Spaß. Um etwas neues auszuprobieren finde ich es auf jeden Fall gut.

Sven: *Würdet ihr solche Experimente anderen Leuten empfehlen? Würdest du wieder in solch ein Projekt gehen?*

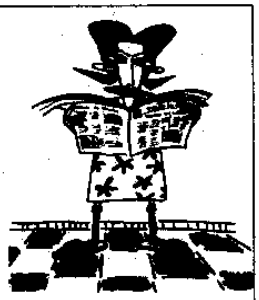
Inge: Ich bin ja noch hier... Ich finde es auf jeden Fall eine gute Sache, die – auch wenn man sie vielleicht nicht sein ganzes Leben machen will – sehr bereichernd ist und eine gute Lehrsituation für einen persönlich ist. Ich denke aber auch, daß es für die Zukunft nötig ist, sonst wohnt irgendwann jeder Wand an Wand in seiner Zelle, und das ist wirklich eine Schreckensvision für mich. Und deshalb finde ich solche Experimente, auch wenn sie vielleicht anstrengend sind, auf jeden Fall lebenswert.

Sven: *Ich bedanke mich für das Gespräch!*

graswurzelrevolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

- anarchismus & widerstand gegen staat und krieg
- ökologie, die über umweltschutz hinaus geht
- feminismus
- aktualität und geschichte des gewaltfreien widerstandes
- transnationalismus
- antirassismus und antisexismus



Jahresabo 40 DM
(10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM
(3 Ausgaben gegen Vorkasse)
WiederverkäuferInnenrabatt

Graswurzelrevolution
Gravelottestr. 6
D-81667 München
Tel 089/48954302 Fax -03
gwr-muenchen@link-m.de
www.comlink.de/graswurzel

Serviceangebote für SchülerInnen-Vertretungen

▶ *Streß mit dem Direx ? Fragen zum SV-Recht? Probleme mit Fehlstunden ?*
Wir bieten SV- Seminare an.

▶ *Euch gefällt Schule auch nicht ?*
Wir haben Argumente gegen Noten, Sponsering und Elitebildung, die euren LehrerInnen gerade noch gefehlt haben.

▶ *Wie organisiert mensch sich eine SV-Fahrt ? Was tun gegen Sexismus an der Schule oder wenn eineE MitschülerIn von Abschiebung bedroht ist ?*
Tips & Tricks für SV-Aktionen gibt es inklusive!

▶ *Kommt der Jugendoffizier an die Schule ?*
Dann kommen wir auch

▶ *Wenn ihr zur Teilnahme an irgendwelchen Gottesdiensten gezwungen werdet und mit dieser Unsitte endlich mal aufräumen wollt, dann unterstützen wir euch gerne. Zum Beispiel mit Flugblättern, dir ihr auch als SV oder SchülerInnenzeitung in eurem Namen abdrucken könnt, wenn sie euch gefallen.*
Oder mit ReferentInnen, die einen Abend oder einen ganzen Tag vorbeikommen.

Meldet euch einfach in der Geschäftsstelle
JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW
Kieler Str. 29c
42107 Wuppertal
Tel.: 0202/4938354
Internet: jdnrw@online.de, www.jungdemokratinnen.de

Eigenständige Regionalentwicklung

Die Wiederbelebung der Region(en) - ein reformistisches oder revolutionäres Konzept?

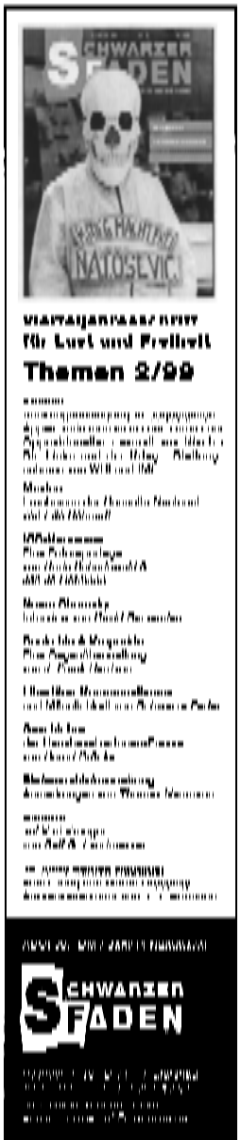
Wir diskutieren ausgearbeitete Konzepte wie bolo'bolo oder Manjana, die vorerst aber Utopien bleiben. Konkrete Alternativen wie Biomasseanlagen im Energiebereich, Initiativen für Basisdemokratie oder ökologischer Landbau werden an vielen Orten umgesetzt, aber meist ohne Zusammenhang. Einige Projekte wie das Soester Netzwerk ‚Anders Leben' oder der Beringhof versuchen bewußt, Träume und Realität zu verbinden und alle Bereiche zu berücksichtigen. Nur: Wie können ganze Gemeinwesen, Städte, Regionen neue Wege gehen? Ist das möglich, und finden wir das überhaupt sinnvoll?

Die Idee der Eigenständigen Regionalentwicklung (ER)

Antworten darauf versucht das Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung (ER) zu finden. Es baut auf die zwei Annahmen: Daß alle Menschen gemeinsam, wenn sie denn gefragt wären, die Welt anders gestalten würden, als derzeit und daß kleinräumigere Stukturen dafür notwendig sind.

Die Grundidee ist, daß die Menschen ihre Region selbstbestimmt gestalten: Sie versuchen, Arbeits-, Lebens- und Politikformen zu entwickeln, die auf ihren eigenen Fähigkeiten und regionalen Besonderheiten beruhen, die dabei den Menschen selbst nutzen und nicht potentiellen GroßinvestorInnen, die die Region ausnehmen und gleichzeitig für jedeN überschaubar und durchschaubar sind und die zeitgemäß, das heißt, offen und flexibel sind: ein Zurück zum traditionellen, engstirnigen Dorfleben wäre fatal.

Das klingt nach einer wohlwollenden Definition von Entwicklungshilfe, und genau da kommt das Konzept auch her: Österreichische EntwicklungshelferInnen haben es in den 70er Jahren vom Trikont auf Bergbauernviertel zu übertragen versucht. Daraus hat sich mittlerweile ein Netz aus Beratungsstellen in Österreich entwickelt, die eine neue, an Menschen und kleinräumigen Strukturen orientierte Art der Wirtschaftsförderung betreiben. Seitdem ist die ER-Idee vielfältig aufgegriffen und umgesetzt worden, in Deutschland z. B. von Seiten der Kath. Landjugendbewegung. Noch immer wird die ER vor allem in benachteiligten Gebieten (abgelegene ländliche oder altindustrielle) praktiziert, wo andere Belebungsversuche nicht fruchten. Notwendig für das gesamte Gelingen wäre ebenso ein Umbau der Metropolen, wo die ER bisher aus Gründen hoher Konkurrenz und Kapitalkraft keinen Raum findet.



Probleme und Chancen im ER-Konzept

Elemente der ER, wie moderierte BürgerInnenwerkstätten, sind mittlerweile in die Planung integriert. Ein (Tot-)Schlagwort ist hier die „Nachhaltige Entwicklung", die einen Einheitsbrei aus konventioneller Planung, ökologischen Anforderungen, der Agenda 21, der ER und radikaleren Konzepten produziert. Ihn wieder aufzudröseln ist notwendig! Für mich geht das ER-Konzept in vielen Bereichen über die Agenda 21 hinaus. Die Agenda ist per Definition staatlich initiiert und eingebunden, die ER setzt mehr auf Bewegung von unten. Zum Teil gehen die ER-Ideen in die Richtung des Libertären Kommunalismus.

Wichtig ist, die Zielrichtung der jeweiligen InitiatorInnen vor Ort zu durchschauen: Vermuten sie nur persönliche Vorteile von einer ER oder wollen sie der Vermarktung der Region einen neuen Namen überstülpen? Wollen sie nur fit sein für den „Wettbewerb der Regionen"? Oder sind sie mehr ideell motiviert, setzen vor allem auf Basisgruppen und Solidarität zwischen den Regionen?

Das ER-Konzept bietet mit seiner Offenheit und seinen doch festen Ansprüchen viele spannende und sehr konkrete Ansatzpunkte. Grundfrage ist für mich: Wie kann es der Selbstorganisation der Menschen dienen? Können wir thematisch mit staatlichen oder wirtschaftlichen Strukturen zusammenarbeiten, um die Menschen dort abzuholen, oder können sich die Menschen getrennt von den jetzigen Strukturen neu von unten organisieren? Behaltet die Diskussion einfach im Kopf und denkt sie hier weiter.

anonymous

Grundideen der Eigenständigen Regionalentwicklung

1) die Position der Region stärken, nicht zum Spielball Stärkerer werden
2) Entscheidungskompetenzen dezentralisieren, nach unten verlagern
3) sich selbst organisieren statt auf übergeordnete Ebenen hoffen
4) eigene Ressourcen nutzen, regionale Wirtschaftskreisläufe zumindest als „doppelte Sicherung" zum Weltmarkt aufbauen, für eigene Bedürfnisse produzieren
5) alle Bereiche (Ökonomie, Ökologie, Politik, Soziales, Kultur) als untrennbar verbunden betrachten
6) möglichst viele gesellschaftliche Gruppen einbinden, Vernetzung schaffen, Synergieeffekte nutzen
7) die ER als Weg betrachten, nicht als ein irgendwann erreichtes Ziel

Ein Beispiel für E.R.

Die Aktion „Pro Ländlicher Raum" im Kreis Minden-Lübbecke

Der Kreis Minden-Lübbecke im nordöstlichen Westfalen stand Ende der 80er Jahre vor einem Problem. Gerade wurde die Gegend für (Radwander-)TouristInnen attraktiv, aber mit der Landwirtschaft ging es wie überall bergab. Folge waren leerstehende Höfe, die ihren BesitzerInnen kein Auskommen mehr boten und überdies das Landschaftsbild beeinträchtigten. Der Kreis hob die Aktion „Pro Ländlicher Raum" aus der Taufe, die von den Ideen der Eigenständigen Regionalentwicklung motiviert war: Wie konnten die BewohnerInnen im Landkreis selbst wieder eine wirtschaftliche und kulturelle Zukunftsperspektive haben?

Seit 1993 koordiniert ein Hauptamtlicher die Aktion „Pro Ländlicher Raum" und entwickelt sie konzeptionell weiter. Die Schwerpunkte seiner Arbeit sind denn auch die Bauernhaus-Börse: leerstehende Gebäude werden nicht-kommerziell vermittelt, Alt- oder Neueigentümer in ihren Projektideen beraten und baurechtliche Rahmenbedingungen zu verbessern versucht. Daraus entstanden eine Vielzahl interessanter Projekte wie Kulturcafés oder SeniorInnenbetreuung

Regionalvermarktung von Lebensmitteln:

Über ein regionales Siegel werden im Kreis erzeugte Lebensmittel ausschließlich dort über Einzelhandel und Großküchen abgesetzt. Das bietet den VerbraucherInnen Sicherheit und den landwirtschaftlichen Betrieben eine neue Erwerbsperspektive.

Zukunftswerkstätten in einzelnen Dörfern:

Die BewohnerInnen selbst sind aufgefordert, ihr Dorf zu gestalten. Das können über Versammlungen und Arbeitskreise tun, in denen anders gearbeitet wird als im Vereinsleben: Männer und Frauen sind gefragt, jedeR kommt zu Wort... Der Projektleiter kann den Prozeß fortlaufend begleiten.

Das Ganze ist eine Gratwanderung zwischen Anspruch und Realität: Einerseits bringt die Aktion Pluspunkte in Sachen neue Arbeitsformen, regionale Zusammenarbeit und wachsende Vielfalt. Viele Menschen stricken mit, sie ist offen und versucht, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Andererseits stößt sie immer wieder auf Probleme (zum Beispiel die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern) und gerät in Gefahr, traditionelle Muster weiterzuzeichnen. Sie ist ganz klar staatlich angebunden, repräsentiert aber eine ganz neue Form der Verwaltung, die bei vielen Beamten und PolitikerInnen ordentlich aneckt: Je nach Projekt kommen VertreterInnen verschiedener Ressorts (Umwelt, Tourismus, Bauamt...) zusammen und arbeiten thematisch, nicht ressortgebunden. Die Aktion ist neben allen ideellen Gründen natürlich auch Wirtschaftsförderung, von der allerdings kleine regionale Betriebe profitieren (Höfe, Apfelsaftkelterei, Landfrauen-Service...). Sie sind selten geworden sind im heutigen Marktgeschehen. Auch wenn sie selten kollektiv sind, kann eine Region auf diese Weise klar machen, daß es neben dem gnadenlosen Kapitalismus noch andere Prioritätensetzungen gibt.

Ein neues Projekt – VAUST e.V.

Um die Zukunft weiter links und alternativ gestalten zu können, braucht es einen inhaltlichen und organisatorischen Neuanfang. Eine der Möglichkeiten dazu will VAUST bieten.

Eigentlich als Trägerverein und Veranstalter des Jugendklimakongresses K 5 in Köln im Dezember 1997 gegründet, ist VAUST inzwischen zu einer kontinuierlich arbeitenden politischen Gruppe von StudentInnen geworden.

VAUST will sich intensiv inhaltlich mit den politischen Alternativen im Umwelt- und Sozialbereich auseinandersetzen und die Ergebnisse in Kampagnen, Aktionen und Bündnissen umsetzen.

Zur Zeit beschäftigt wir uns mit zwei inhaltlichen Arbeitssträngen: im Sozialbereich mit der Zukunft der Arbeit verbunden mit der Frage der „Überbevölkerung" und der Nord-Süd-Problematik, im Umweltbereich mit der Klimakatastrophe.

Zum ersten Schwerpunkt planen wir vom 10. – 12. März 2000 ein Seminar mit dem Arbeitstitel „Zukunft der Arbeit – betrachtet unter den Aspekten der Überbevölkerung und der sozialen Verelendung" zur Einführung in die Problematik. Am Freitag wird ein allgemeiner Einblick in die aktuellen Situation gegeben. Am Samstag werden wir mittels Arbeitsgruppen verschiedene Aspekte (z.B. Beschäftigungspolitik) am konkreten Beispiel von drei Ländern – einem Industrieland, einem Schwellenland und einem Entwicklungsland – mittels Arbeitsgruppen erschließen. Anschließend gibt es eine Einführung in Alternativtheorien. Am Sonntag werden wir uns dann mit den Resultaten und Forderungen für die Zukunft auseinandersetzen. Unter anderem soll ein Arbeitsprogramm erstellt werden. Das Seminar findet in Hattingen statt, der Teilnahmebetrag liegt bei 45 DM pro Person inklusive Unterkunft und Verpflegung.

Zum Thema „Klimakatastrophe" ist schon für Ende 99 der Beginn einer Plakatkampagne vorgesehen, die dazu beitragen soll, das Thema wieder zurück ins öffentliche Bewußtsein zu transportieren. Über Bündniskooperationen wird zur Zeit noch nachgedacht. (..)

Till Winkelmann für VAUST e.V.

Mehr Informationen gibt es auf der VAUST-Homepage http://come.to/vaust und per E-Mail: vaust-ev@gmx.de oder direkt bei VAUST: VAUST e.V., c/o Christian Jansen, Castroper Str. 177, 44791 Bochum.

Hört auf zu träumen, fangt an zu denken!

Eine Replik: Über die Unmöglichkeit von Utopie und dem richtigen Leben im Falschen

Seit Menschen begonnen haben zu denken, haben sie sich Gedanken über das richtige oder wahre Zusammenleben von Menschen gemacht. Ob Platons Staat, Thomas Morus' „Utopia", John Lockes „Three tractates on gouverment" bis zu den Ideen der „Utopischen Sozialisten" und Anarchisten im 19. Jahrhundert. Immer ging es um eine Frage: Wie können Menschen glücklich und in Frieden miteinander leben?

Radikale Kritik contra Utopie?

Es kann in diesem Artikel aufgrund des begrenzten Platzes nicht darum gehen, eine vollständige Kritik bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft zu entwickeln. Sie sei aber kurz skizziert.

Grundlage einer jeden kapitalistischen Wirtschaftsweise ist der Tausch. Menschen verkaufen ihre Arbeitskraft oder die Produkte ihrer Arbeit, und die so produzierten

Waren werden auf dem Markt getauscht. Als Mittel des Tausches funktioniert das Geld. Dies hat weitreichende Konsequenzen:

1) Um Waren produzieren zu können, brauche ich nicht nur Arbeitskraft, sondern auch Produktionsmittel, d.h. Maschinen, Produktionsgebäude etc. Diese besitzen aber in einer kapitalistischen Gesellschaft nur wenige, was dazu führt, dass alle anderen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um sich ihre Mittel zum Leben leisten zu können. Das heißt aber auch, dass sie ihre Arbeitskraft zu einem Zweck einsetzen müssen, den sie nicht selbst setzen. Gesetzt wird er vielmehr von denen, die die Produktionsmittel besitzen, den KapitalistInnen. Diese ganze Produktion findet aber nicht statt, um konkret vorhandene und geäußerte Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Waren auf dem Markt verkaufen zu können, Profit zu machen und so noch mehr produzieren zu können. Das Ziel eines jeden Kapitalisten ist dabei, einen Teil des Marktes völlig unter die eigene Kontrolle zu bringen, also ein Monopol zu besitzen (siehe dazu auch den Artikel „Also ich glaube, Strom ist gelb" auf Seite 4 in diesem Schlagloch).

2) Der Gedanke des Tauschs dringt in immer mehr Bereiche des Lebens und in das Denken der Menschen ein. Dies nimmt mehr oder weniger offensichtliche Formen an. Ich will hier zwei Beispiele nennen. Zum einen die Krankenpflege zu Hause. Wurde sie früher noch zumeist von Verwandten oder NachbarInnen erledigt (zumeist Frauen, das ist aber noch ein anderes Problem), schießen hier „Ambulante Pflegedienste" und kommerzielle „Nachbarschaftshilfen" aus dem Boden. Hilfe am anderen Menschen wird so zur Ware, für die ich Geld verlange. Als Beispiel für das Eindringen der Tauschkategorie in das Denken sei hier das Schenken genannt: Eigentlich soll es beim Schenken ja allein darum gehen, mir das Glück des anderen vorzustellen. Doch wie oft kalkulieren wir heutzutage damit, wie viel, in Mark und Pfennig, wir wohl vom anderen zu erwarten haben, wenn er uns etwas schenkt? Auch das Schenken findet so in dem Kalkül statt, vom anderen einmal etwas gleichwertiges zurückzubekommen.

Zusammengefasst heißt dies also: von der heutigen Gesellschaft, besonders von den Begrifflichkeiten der heutigen Gesellschaft aus, läßt sich eine befreite Gesellschaft nicht denken.

Die Unmöglichkeit von Utopie

Insbesondere, wenn das unter 2) ausgesagte stimmt, wie soll dann die ganz andere Gesellschaft, eine Gesellschaft nämlich, in der die Produktion um der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse willen stattfindet und nicht um der Produktion willen, konkret denkbar sein?

Schauen wir uns dies doch mal am konkreten Beispiel, der „Manjana"-Utopie, an: Zunächst einmal wird davon ausgegangen, dass sich alle wirtschaftlichen Beziehungen nach freier Vereinbarung und dezentral regeln. Oben haben wir schon gesehen, dass dies grundsätzlich falsch ist: Eine freie Vereinbarung würde nämlich auch beinhalten, dass ich meine Lebensmittel auch erhalte, wenn ich dafür nicht meine Arbeitskraft verkaufen muß. Und in den Zeiten zunehmender Monopolisierung läßt sich von „dezentral" wohl kaum noch reden. Doch damit nicht genug: dass einige über einen unglaublichen Reichtum verfügen, während andere in Armut leben müssen, liegt wohl am wenigsten daran, dass Menschen so ungleich sind. Vielmehr liegt es schlicht daran, dass die einen eben über die Produktionsmittel verfügen, an denen sie andere arbeiten lassen. Und die, die hier nicht gebraucht werden, müssen eben verarmen. Dies ist die grausame Logik des Kapitalismus.

Doch hat das bisher vorgebrachte eher mit einer völlig verfehlten Kapitalismusanalyse des Autors zu tun. Kommen wir also zu seiner Vorstellung von „Manjana", wie er es nennt.

Das Kapital soll hier, über Genossenschaftsbanken, irgendwie allen gehören. So weit, so gut. Dies würde die gesellschaftliche Produktion planbar machen, Menschen könnten sich über ihre Bedürfnisse austauschen und dem entsprechend produzieren, doch das ist anscheinend gar nicht beabsichtigt. Denn den Markt, den Tausch von Waren, soll es weiter geben. Das Vorhandensein von Banken, die Kredite vergeben, beinhaltet notwendig auch, dass Betriebe nach Kosten-Nutzen-Kalkulation funktionieren müssen, dass sie Wert produzieren müssen, der sich auf dem Markt realisiert. Um es mit wenigen Worten zu sagen: „Manjana" bedeutet nichts anderes, als dass die Arbeiter, statt einem Kapitalisten gegenüber zustehen, nun sich selbst als Kapitalisten gegenüberstehen. Anstatt von irgend jemand anderem im Produktionsprozess verplant zu werden, müssen sie sich selbst verplanen. Auf die Spitze getrieben wird dies in heute schon genossenschaftlich verfassten Betrieben; diese müssen auch so produzieren, dass sie mit anderen in Konkurrenz stehen können, oder sie führen ein Nischendasein; das heißt aber nichts anderes, als dass sie ein Monopol auf bestimmte Waren haben.

Es gibt kein richtiges Leben im Falschen

Viele AnarchistInnen meinen, mit Alternativprojekten, also Landkommunen, Hüttendörfern, Wagenburgen oder Produktionskollektiven und mit einer Organisation von unten die herrschenden Verhältnisse umwälzen zu können. Auch hierzu ein paar kurze Anmerkungen.

Zum ersten zu den verschiedenen Arten „alternativen Zusammenlebens": In ihrer angenehmsten Variante bedeuten sie, dass Menschen ein ziemlich normales Leben führen und nur ein bisschen ungewöhnlich wohnen. Oft entstehen hier aber Gemeinschaften, in denen (auch durch den äußeren Druck) eine Art Zwangsidentität vorherrscht, ein bestimmter Verhaltenskodex, und bei einem

Verstoß (z.B. nicht-vegane Ernährung) schlimmstenfalls der Ausschluß droht; in denen es eine oft patriarchale Hierarchie gibt, die aber nicht mehr reflektiert wird, entweder, weil mensch sie abgeschafft zu haben glaubt, oder weil dies die Gemeinschaft bedrohen würde; in denen romantische, organische Vorstellungen von einem „Leben in der Natur" vorherrschen, die wenig fortschrittlich sind.

Zum zweiten zu den „alternativen Produktionskollektiven". Hier gilt zum einen das am Ende des letzten Abschnitts gesagte. Zweitens aber wird hier die Absurdität eines Ausbruchs aus der bürgerlichen Gesellschaft vor Augen geführt: wird hier doch oft für den Tausch gegen Waren produziert, die sich in kleinen Kollektiven nun mal nicht herstellen lassen.

Zum dritten zur Schaffung von Strukturen von unten in den herrschenden Verhältnissen. Inhalt solcher Konzepte wie der „Eigenständigen Regionalentwicklung" ist es, möglichst nah an den Gegebenheiten vor Ort eine ökonomische Entwicklung hinzukriegen, die eine gewisse Selbstständigkeit der Region ebenso gewährleistet wie z.B. die Verknüpfung von Politik und Ökologie. Klingt ja erst mal gar nicht schlecht. Aber die Sache hat doch einen ordentlichen Pferdefuß: wünscht sich ein Staat doch nichts lieber, als eine effiziente Verwaltung seiner „Schäfchen". Wenn die das schenden Verhältnisse eher konservieren als umwälzen. Und vor dem Hintergrund, dass es inzwischen ganze Regionen auf der Welt gibt, die auf eine solche Eigenständige Regionalentwicklung angewiesen sind, weil sie sich schlicht nicht mehr ausbeuten lassen (etwa weil ihre Rohstoffvorräte ausgeblutet sind), wirkt eine Übertragung diese Konzeptes auf europäische Verhältnisse geradezu zynisch.

auch noch selbst erledigen, um so besser. Des weiteren gilt es zu bedenken, ob nicht durch solche Regionalstukturen Defizite kapitalistischer Produktionsweise aufgefangen werden, indem hier die Befriedigung von Bedürfnissen organisiert wird, die sich innerhalb des Kapitalismus nicht gewinnbringend genug befriedigen lassen. Somit droht hier also die Gefahr, Strukturen zu schaffen, die die herr-

Was tun?

Wer sich für den Kampf für die ganz andere Gesellschaft engagieren will, und das ist heute notwendiger denn je, muß sich erst einmal mit radikaler Kritik der herrschenden Verhältnisse beschäftigen. Er/Sie muß nach den Wurzeln des falschen Lebens fragen, bevor eine Utopie des richtigen überhaupt erst gedacht werden kann. Aber auch bei der Frage nach einem Umriss der ganz anderen Gesellschaft muß immer wieder mitbedacht werden, wie sehr unser Denken von den Verhältnissen, in denen wir Leben, mitgeprägt ist. Genau formulieren lassen sich hierbei nur Forderungen an ein schönes Zusammenleben von Menschen, wie solche nach Selbstbestimmung, radikaler Demokratie, Aufbrechen hierarchischer Strukturen, nach einer Produktion, die dem Menschen dient und nicht umgekehrt.

Dirk Burcyk

Prostitution in Kriegsgebieten - „Bestfunktionierendes Geschäft im Nachkriegsbosnien"

Sarajevo 1993. Die internationale Hilfsmaschinerie, Hunderte von Journalisten und Kriegstouristen sind in der Stadt. JedeR weiß um Prostitution und Kunden. Im Hotel Holiday Inn werden Frauen vermittelt. Clubadressen kursieren.

Bosnien 1994. Das Washingtoner Agreement, das auch freie Fahrt für Hilfskonvois nach Zentralbosnien vereinbart, wird ratifiziert. Überall stehen Frauen, um Nahrung für Ihre Familien bettelnd. Humanitäre Helfer prahlen damit, wie sich ihnen Frauen für Essen anboten. In der Zentrale des UNHCR in Metkovic hängt offen der „weekly girlie report" aus: Die Frauen in Mostar sind die besten. Ich beschwere mich, der Report verschwindet.

Tuzla 1996, ein Jahr nach Dayton. Die Kellerbar des größten Hotels wird vor allem von Mitarbeitern internationaler Hilfsorganisationen besucht. Frauen aus der Ukraine tanzen oben ohne. Unter den Zuschauern viele Teilnehmer des letzten Meetings beim UNHCR.

Zenica, 1997. Immer mehr Mädchen geraten in die organisierte Prostitution. Internationale Helfer nutzen ihre Situation aus. Die Mualima (muslimische Seelsorgerin) von Medica Zenica betreut Mädchen, die sich prostituieren. Ein offener Protestbrief von Medica Zenica geht an alle internationalen Hilfsorganisationen, SFOR-Truppen und an die Medien. Wir fordern den Aufbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Mädchen und Frauen sowie Strafen für SFOR-Soldaten und Internationale Helfer. Das Schreiben wird nicht beantwortet.

Frauen in Bosnien - für sie ist der Krieg noch lange nicht zu Ende

Frauenhandel und Zwangsprostitution in Bosnien-Herzegowina

Bosnische Frauenorganisationen sagen, daß es vor dem Krieg keine organisierte Prostitution gab. Der Grundstein für Frauenhandel und organisierte Prostitution wurde damals gelegt.

Es gibt Frauenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (Trafficking). Hinter diesem Wort verbirgt sich nichts anderes als Folter, Vergewaltigung, Kidnapping, Versklavung"Zwangsprostitution und organisierter Frauenhandel sind das bestfunktionierende Geschäft im Nachkriegsbosnien", titelte bereits 1998 die bosnische Zeitung „Nasi Dani" und rührte damit an ein öffentliches Tabu.

30.000 SFOR-Soldaten und Tausende Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen in Bosnien haben einen Markt für Prostitution geschaffen. Diesen entdeckten auch die osteuropäische Frauenhandelsmafia und bosnischen Geschäftemacher. Es gibt Bars, Restaurants und Bordelle, wo Frauen angeboten werden. Viele kommen aus der Ukraine, Rumänien, Rußland und Ungarn. Die wirtschaftliche Situation zwingt sie dazu, hier zu arbeiten; sie geraten in die Hände der Frauenhandelsmafia.

Ihnen werden die Pässe weggenommen, sie werden nach Bosnien gebracht und für ca. 3.000 Mark auf dem „Arizona-Markt" in der Region Brcko verkauft. Sie werden festgehalten, zur Prostitution gezwungen, vergewaltigt und gefoltert. Es gibt zwei Preisstufen: eine (niedrigere) für bosnische Männer, die andere für internationale Helfer und SFOR-Soldaten. Der Frauenhandel arbeitet über Entitätsgrenzen im geteilten Bosnien hinweg.

Wenn bosnische Behörden auf gefangene Frauen ohne Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitserlaubnis und Geld stoßen, werden die Frauen meist festgenommen und der Prostitution angeklagt; ein geringes Vergehen, das mit Haft bis zu 60 Tagen und Abschiebung bestraft wird. Laut UN-Büro in Sarajevo gibt es oft eine Zusammenarbeit zwischen Bordellbesitzern, Frauenhändlern und der lokalen Polizei.

Nachhaltige Hilfe fehlt

Mit der Unterschrift unter den Friedensvertrag von Dayton hat Bosnien-Herzegowina alle internationalen und europäischen Menschenrechtskonventionen anerkannt. Das UN-Büro in Sarajevo konnte seit April 1999 18 Frauen helfen. Wenn man hier von Fällen erfährt, wird die International Police Task Force (IPTF) informiert. Diese befreit mit der bosnischen Polizei die Frauen. Bei Bedarf wird eine sichere Rückkehr organisiert. Das UN-Büro interveniert auch, wenn Frauen wegen Prostitution vor Gericht stehen. Es wird versucht die Kriminalisierung der hilfesuchenden Frauen durch bosnische Behörden und Abschiebung zu verhindern. Ein sicherer Zufluchtsort wird gesucht, medizinische Versorgung, Beratung und Rechtsvertretung wenn möglich organisiert. Das ist nur ein Anfang, denn die psychischen Folgen für die Frauen sind nicht einbezogen.

Organisationen wie Medica Zenica und International Human Right Law Group in Bosnien-Herzegowina planen zusammen Initiativen, wie SOS-Telefone für Frauen, Kampagnen für Gesetzesänderungen zum Schutz für Frauen. Infoblätter sollen gefährdete Frauen vor Frauenhändlern warnen. Polizei, Behörden und Internationale Organisationen wie IPTF sollen sensibilisiert werden; ein Handbuch zu Frauenhandel und Ausbeutung (Trafficking) existiert.

Ein Netzwerk für Politikstrategien und Rückkehrhilfe mit osteuropäischen Frauenorganisationen soll entstehen.

Frauenhandelsmafia im Kosovo

Ca. 50.000 Ausländer werden in den nächsten Jahren im Kosovo sein.

Ein riesiger Markt für die Geschäftemacher. 1998 berichtete die Londoner „Times", daß in einem von der OSZE angemieteten Hotel im Kosovo Prostituierte für die 2000 OSZE-Beobachter da waren. 30.000 Frauen aus Albanien, schätzt die albanische Frauenorganisation „Women in Development Association" werden von international agierenden Frauenhändlern ausgebeutet und nach Italien und Griechenland verkauft. Es gibt Anzeichen, daß man im Kosovo Frauen und Mädchen kidnappt und in Italien zur Prostitution zwingt.

Ursachen bekämpfen

Der Kampf gegen die Ausbeutung von Frauen wird schwer, hat sich die Frauenhandelsmafia doch längst etabliert. Aussagen und Anzeigen gegen die Frauenhändler und Bordellbesitzer gibt es nicht.

Alle KFOR-Soldaten sowie die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sollten verpflichtet werden, einen Verhaltenskodex zu beachten. Bei Verstoß, insbesondere bei Zwangsprostitution, sollte es hohe Strafen geben. Schutzmaßnahmen und Hilfsprojekte für Frauen müssen her.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen, die Frauen in diesen Ländern dazu zwingen auszuwandern, und aufgrund derer sie in die Fänge von Frauenhändlern geraten, müssen bekämpft werden.

Es ist zu befürchten, daß im Wiederaufbauprogramm für das Kosovo und auch im Stabilitätspakt für Südosteuropa die Frauen nicht vorkommen. Die Frauenorganisationen des Balkan und Medica mondiale fordern daher eine gleichberechtigte, aktive Beteiligung am Stabilitätspakt.

„Der Stabilitätspakt wird ein Fehlschlag werden, wenn er nicht verhindert, daß Frauen zu Bürgerinnen zweiter Klasse werden," erkannte auch Robert Barry, Leiter der OSZE in Sarajevo.

gekürzter Artikel aus dem 'Medica Journal',
Infos: Medica mondiale, Weisenhausgasse 65, 50676 Köln

1. feministische Winteruniversität

6. bis 12.12.99 in Bochum

Veranstaltungen u.a. zu Geschlecht & Populärkultur, Geschlecht & Ethnizität, Sexualisierte Gewalt,....

Kontakt: Feministische Winteruniversität
c/o Lehrstuhl für Frauen- und Sozialstrukturforschung GC 04/505
Universitätsstr. 150, 44780 Bochum
Telefon: 0234/32203875 Telefax: 0234/32203811 email: fwu@gmx.de

Ist Gleichstellungspolitik ein feministischer Fortschritt?

Gleichstellungspolitik in diesem Artikel meint nicht alle möglichen Bestrebungen, die Lebenssituation von Frauen zu verbessern, sondern die Massnahmen, die insbesondere bei SPD und Grünen unter diesem Titel laufen. „Gleichstellungspolitik zielt darauf ab, Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen"[1]. In der Praxis sieht das so aus, dass Frauen verstärkt in den öffentlichen Bereich (Arbeitsmarkt, Repräsentationsämter, Politik) integriert werden. Neben der Frage, ob eine Integration überhaupt sinnvoll oder wünschenswert ist, zeigt sich hier, dass der „private Bereich", also die Sorge um die Kindererziehung oder der Haushalt weiter an Frauen hängen bleibt.

Frauen behalten die Kinder und alles bleibt, wie´s war

Im Zuge der Gleichstellungspolitik wird über die Einrichtung zusätzlicher Kindergartenplätze geredet: Hier wird unter Frauenpolitik die Verantwortung für die Sorge um Kinder weiterhin den Frauen zugeschrieben. Natürlich ist dass zur Zeit noch so. Wenn aber schon über die Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gesprochen wird, warum gehen die Bestrebungen nicht dahin, generell Teilzeitarbeit für Väter zu fordern bzw. diese in die Sorge um das Familienwohl einzubeziehen? Kritik an geschlechtsspezifischer Rollenteilung der Arbeiten wird hier nicht nur nicht geübt, der status quo wird noch bekräftigt. Eine Kritik an der Trennung von Öffentlichem und privatem Leben sucht mensch ebenfalls vergeblich.

Sexismus als individuelles und einziges Problem?

Diskriminierung ist kein Problem zwischen (einzelnen) Frauen und (einzelnen) Männern, sondern eines zwischen Dominierenden und Unterdrückten, ein Problem einer auf Hierarchie gegründeten Gesellschaft. Dies macht sich auch, aber nicht nur, am Beispiel der Geschlechter fest (vgl. Situation MigrantInnen, armer Menschen, Homosexueller). Dass Frauen eben nicht nur Frauen sind und gegebenenfalls auch unter anderen Gewaltverhältnissen leiden, wird ebenfalls nicht thematisiert!

Innerhalb dieser hierarchischen Gesellschaftsordnung wäre es schon ein Fortschritt, wenn Mobbing nicht als individuelles Problem zwischen zwei Menschen, sondern als ein gesellschaftliches erkannt würde.[2]

Systemkonform

Innerhalb dieses System sind Frauen durchaus eher am Arsch als Männer. Die Bedingungen von Frauen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu verbessern ist wichtig aber lange, lange noch nicht ausreichend und erst recht nicht links oder eine ausreichende Forderung. Lebensbedingungen von Frauen kritisieren, muss gesamtgesellschaftliche Verhältnisse kritisieren heißen!

Fazit

Das Verweilen in bürgerlichen Denkmustern, wie es die heutige Gleichstellungspolitik tut, kann keine ernsthafte Gefahr für die herrschende Ordnung darstellen, ebensowenig wie das Sich-integrieren-lassen in die herrschaftliche Politik.

FeministInnen kommen hier verschiedene Aufgaben zu. Sie müssen sich selbst als Bestandteil einer systemkonformen Modernisierung outen, mit Erweiterung ihres Handlungsspielraumes radikalere Forderungen stellen und aufzeigen, dass Sexismus nur *ein* Unterdrückungs- / Ausschlussmechanismus von vielen ist.

Das heißt konkret, dass der Kampf für bessere Bedingungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, ein existenzsicherndes Einkommen usw. zu führen ist, dabei aber nicht vergessen werden darf, dass das ganze das Unwahre ist und fortschrittliche Politik deswegen auf eine radikale Umwälzung der Gesellschaft als Ganze abzielen muss!

Sarah Dellmann

[1] Ilse Ridder-Melchers, Ex-Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann NRW, Rede über Perspektiven der Gleichstellungspolitik im Sept. 1995

[2] das heißt nicht, dass Mobbing-Opfer nicht auch ein persönliches/individuelles Problem haben. Jedoch fehlt oft die Analyse, dass die Opfer darüber hinaus auch Opfer struktureller Gewalt sind.

„Lieber raus auf's Land als heim ins Reich"

In den letzten Jahren ist der Niederrhein wieder stärker als Ziel rechtsextremer Aktivitäten in's Gerede gekommen. Im Laufe der Zeit hat sich hier, v.a. in den Dörfern um Hamminkeln und Wesel, eine rechte Szene entwickelt, die sich sehen lassen kann und für einige dort lebende Menschen eine ernste Gefahr darstellt. Anja, Bernd und Thorben kommen aus Hamminkeln und Umgebung und berichten über ihre Probleme mit den Neonazis

stattzeitung *In letzter Zeit hört man immer wieder von Übergriffen oder Aktionen von Neonazis am Niederrhein. Nehmen die Aktivitäten der Neonazis in den Gebieten dort zu?*

Bernd: Ja, es ist schon so, dass die Faschos dort, vor allem in den Dörfern Hamminkeln/Mehrhoog und Umgebung verstärkt auftreten. Die Faschoszene gibt es schon seit Anfang der 90er Jahre. Das ist so eine Art Skinhead-Subkultur, die treffen sich mit bis zu 50 Nazis auf Schützenfesten oder der Kirmes. Das ist ganz klar, dass man als alternativer Jugendlicher Angst haben muss, da hinzugehen. Dafür machen die sogar Werbung über's Internet.

Seit knappen zwei Jahren merkt man aber ausserdem, dass die bisher eher lose Szene gefestigter und politischer wird und auch koordinierter handelt. Die werden somit auch gefährlicher.

Es gibt regelmässig Übergriffe von Neonazis auf alternative Jugendliche und andere, die nicht in ihr Weltbild passen.

Anja: Das stimmt. Die geben auch ein Skinzine raus, namens „Skinheads 88 Niederrhein" (88 ist ein verschlüsselter Code für „Heil Hitler", die 8 steht hierbei für den achten Buchstaben im Alphabet. Anm. d. Red.). Da findet man dann den ganzen rechten Müll: Hetze gegen Ausländer, Interviews mit Nazibands aus der ganzen Welt und Werbung für die „freien Kameradschaften" und diverse teilweise der NPD nahestehenden NS-Versände.

stattzeitung: *Seid Ihr auch schon mal von Neonazis angegriffen worden?*

Thorben: Ja, ich wurde schon zweimal von Neonazis angegriffen. Mittlerweile haben sich Teile der Jugendlichen zusammengeschlossen, um sich in Gefahrensituationen gegenseitig zu helfen.

Es ist auch so, dass mittlerweile auch Leute vor den Faschos Angst haben, die nicht unbedingt was mit Politik am Hut haben, wie etwa die Skater. Die kriegen von den Faschos ebenfalls eins auf's Maul oder werden von denen eingeschüchtert. Die lokalen Medien spielen das immer runter, da wird dann behauptet, es handele sich um „konkurrierende Jugendbanden" oder so etwas. Auch die Polizei, die bis vor zwei Jahren noch zugegeben hat, dass es eine aktive Naziszene bei uns gibt, behauptet mittlerweile, es gäbe kein Problem mit irgendwelchen Rechten.

Anja: Die sind in weiten Teilen der Bevölkerung auch weitestgehend akzeptiert. Das liegt vielleicht daran, dass die Leute die schon von klein auf kennen. Da gibt es halt nur Dörfer, wo jeder jeden kennt. Deshalb wird das halt permanent hintergespielt. Es haben aber auch schon Eltern von Jugendlichen, die Probleme mit den Faschos haben, bei Zeitungsredaktionen angerufen und sich beschwert und gesagt, die sollen doch endlich mal darüber berichten. Es gab auch Leserbriefe, von denen, glaube ich, nur einer mit Namen unterzeichnet war, weil die Leute auch Angst haben vor Konsequenzen durch die Nazis. Vor allem für die neu hinzugezogenen Familien, die nicht schon seit Jahren hier wohnen, wirkt das Ganze noch bedrohlicher.

stattzeitung: *Gibt es Aktivitäten gegen die Neonazis?*

Anja: Ja, es gab z.B. im September in Hamminkeln eine Demo gegen die Nazigewalt mit dem Motto „Lieber raus auf's Land als heim in's Reich!". Im Vorfeld haben die Faschos über's Internet in ihren Kreisen bekanntgegeben, dass die Demo stattfindet und dass man jetzt „nationale Wohnungen und Einrichtungen" schützen solle, was auch immer das sein mag. Auf der Demo selbst war dann aber alles ganz harmlos. Die Faschos sind zwar dauernd mit Autos vorbeigefahren und haben doof geguckt, haben sich dann aber auch verscheuchen lassen. Es waren ja immerhin rund zweihundert Leute auf der Demo, da haben die sich vermutlich nicht getraut, irgendwas zu machen.

Thorben: Es war aber so, dass einige Leute sich nicht getraut haben, zu der Demo zu gehen oder auf der Demo irgendwelche Schilder mit Sprüchen zu tragen, weil sie Angst hatten, deswegen später mit den Neonazis Ärger zu bekommen. Im Vorfeld der Demo sind auch massiv Leute eingeschüchtert worden. Es gibt z.B. in Mehrhoog eine Skater-Rampe, an der sich immer viele Jugendliche treffen. In der Woche vor der Demo kamen da auf einmal 20 Faschos hin, haben das Teil umringt und dann die Leute bedroht, dass sie, wenn sie zu der Demo gehen, mächtig Ärger kriegen würden. Da hatten viele dann natürlich einfach Angst.

Bernd: Ansonsten gab es, im Sommer letzten Jahres, ein Flugblatt mit einer Chronologie, wo die Übergriffe der Nazis nach Datum geordnet aufgeführt waren. Daraufhin hat sich erstmal der Staatsschutz eingeschaltet und hat einzelne Mehrhooger Jugendliche besucht, um rauszufinden, wer hinter dem Flugblatt steckt. Die Jugendlichen waren teilweise natürlich ziemlich eingeschüchtert, was vermutlich auch beabsichtigt war. Man hat den Eindruck, Polizei und Medien hätten es am Liebsten, wenn das Thema ganz totgeschwiegen würde. Jedenfalls tun sie alles, um zu verhindern, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, am Niederrhein gäbe es ein Problem mit Neonazis.

Interview: Marion Spehr

Das Interview wurde mit freundlicher Genehmigung der aktuellen Ausgabe der „stattzeitung –alternatives stadtblatt für duisburg" (Winter '99) entnommen. Inf o:www.uni-duisburgde/AL/jkl/staz/

30.11: Global action day - Ausbeutung demaskieren!

Ausgehend vom 3. bundesweiten Anti-Expo-Treffen ist ein Vorschlag entwickelt worden, der an viele weitere politische Gruppen und Zusammenhänge weitergegeben wird. Idee ist, einen Aktionsstrang (zunächst für ca. die nächsten 12 Monate, aber mit dem Ziel, ihn in diesem Zeitraum auch weiterzuentwickeln) zu schaffen, der geeignet ist, daß sich die vielen Gruppen, die hauptsächlich ein-punkt-bezogen arbeiten (Antifa, feministische Gruppen, Anti-Expo, Anti-Atom, internationalistische Gruppen, kritische GewerkschafterInnen usw. - was auch ohne Zweifel alles wichtig ist!), darauf beziehen und an diesen Punkten gesamtpolitische Positionen formulieren.

Oder platt: Der Kapitalismus, die Ausbeutung von Mensch und Natur sowie der Neoliberalismus als Steigerung der Verwertungs- und Profitlogiksoll umfassend angegriffen und in Frage gestellt, Widerstand und Alternativen wieder sichtbar werden.

Der konkrete Vorschlag dazu lautete: Die Globalen Aktionstage, die diese Idee schon in sich tragen, aber in Mitteleuropa kaum beachtet werden, sowie die Expo 2000 als offene Werbung für das neoliberale Gesellschaftsmodell werden zu Kristallisationspunkten dieses Versuches, Widerstand zu leisten, Gegenmacht von unten aufzubauen.

30.11 - der erste Schritt

Am 30.11. (parallel zur WTO-Konferenz in Seattle) wird der nächste "Global Action Day" stattfinden. Wir rufen auf, daß viele Gruppen und Zusammenhänge den nächsten globalen Aktionstag (30.11.) z.B. in den eigenen Regionen umsetzen, möglichst als vielfältige Aktionsstruktur zusammen mit weiteren Gruppen. Es geht darum, alle Formen von Aktionen und Themen der kapitalistischen Unterdrückung, neoliberalen Umgestaltung zum Ausdruck zu bringen. Dabei geht es nicht um zentrale Aktionskonzepte, Dominanzfragen usw Ziel ist eine breite Aktionsvielfalt, wo alle Gruppen ihre Ideen, Aktionen und Schwerpunkte einbringen können - aber eben in einem Bezug mit der Forderung nach einer emanzipatorischen Gesellschaft, Selbstorganisation, selbstbestimmtem Leben als Gegenmodell zum Neoliberalismus. Das können sein:

- Streik gegen die Verwertungslogik als Arbeitskraft
- Uni- und Schulstreiks gegen den Bildungsumbau
- Blockaden und Besetzungen von öffentlichen Plätzen und Straßen gegen die Funktionalisierung öffentlichen Raumes und Verdrängungspolitik
- Proteste und symbolische Aktionen gegen Symbole kapitalistischer Macht, Ausbeutung oder Umweltzerstörung
- Aufbau und Informationsveranstaltungen über Alternativen, selbstorganisiertes Leben usw.

Neben vielen kreativen Aktionen können natürlich auch große und zusammenhänge Aktivitäten entstehen, wenn in Regionen genügend Gruppen sich darauf einigen können. Der 30.11. soll der erste Aktionstag in diesem Aktionsstrang sein. Wir hoffen, daß die sich zusammenfindenden regionalen Bündnisse oder vielfältigen Aktionsformen daraus dann an der Weiterentwicklung dauerhafter gesellschaftlicher Gegenmacht und Umgestaltung "von unten" mitwirken. ***Moritz***

Aktionsmaterialien

Es gibt eine Mobilisierungszeitung zum Global Action Day am 30.11. und den weiteren Ideen des Aktionsstranges. Wer diese Zeitung haben will, sollte sie bei der Redaktion "Ö-Punkte", Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen anfordern.

Seminarprogramm Herbst/ Winter 1999/ 2000

JungdemokratInnen / Junge Linke in Zusammenarbeit mit dem Ludwig Quidde Forum

27.-28. November in Leichlingen:
Kein Fußbreit den FaschistInnen - Anregungen für die antifaschistische Theorie und Praxis

27.-28. November in Bochum:
„Zero tolerance“ im Einkaufsparadies - Der Wandel von der Sicherheits- zur Kontrollgesellschaft

3.-5. Dezember in Castrop-Rauxel:
Das Leben lebt nicht - Theodor W. Adorno und die Kritische Gesellschaftstheorie

3.-5. Dezember in Castrop-Rauxel:
Rhetorik für AnfängerInnen

17.-19. Dezember in Castrop-Rauxel:
Smells like teen Spirit - Die Vermarktung von Subkultur und der Mainstream der Minderheiten

17.-19. Dezember in Castrop-Rauxel:
To be a (wo)man - Feministische Philosophie

15.-16. Januar in Löhne:
Zwangsarbeit und autoritäre Sozialpolitik - Die Verpolizeilichung sozialer Probleme

15.-16. Januar in Löhne:
Persönlichkeit und Politik - von links unten nach rechts oben

Weitere Infos kostenlos bei:
Ludwig-Quidde Forum, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal
Tel.: 0202/455054, Fax: 0202/451123, Email: lqf@lqf.de

2000 Ideen und Aktionen im nächsten Jahr

Kommt zur Landesdelegiertenkonferenz 29.1 -31.1. in Castrop- Rauxel

Wir laden alle Mitglieder und Interessierte herzlichst zu unserer Landesdelegiertenkonferenz ein, um mit uns zu diskutieren und zu planen, woran wir im Jahr 2000 arbeiten, welche Aktionen wir durchführen wollen und welche Schwerpunkte wir anvisieren. In Arbeitsgruppen u.a. zu Feminismus, Bildungspolitik, Anti-Atom und -Expo, Antifa wollen wir von der inhaltlichen Diskussion Arbeitsvorhaben für das nächste Jahr ableiten.

Wir würden uns freuen, wenn viele Menschen Lust haben, uns dabei zu unterstützen!

Die Konferenz findet vom
29.1. - 31.1.00 in Castrop-Rauxel statt.
Weitere Infos und Anmeldung über die Geschäftsstelle

Medica mondiale e.V.

- setzt sich ein für Frauen in Kriegs- und Krisengebieten - weltweit.
- baut das Frauentherapiezentrum Medica Kosova in Gjakovë/Kosovo auf.
- finanziert das Frauentherapiezentrum Medica Zenica in Zentralbosnien.
- betreibt politische Lobbyarbeit, dokumentiert Kriegsverbrechen gegen Frauen und macht sie öffentlich.
- entwickelt geschlechtsspezifische Strategien und Konzepte zur Therapie kriegstraumatisierter Frauen und Mädchen.

HELFEN SIE UNS, DAMIT WIR HANDELN KÖNNEN!

Unterstützen Sie unsere Arbeit dauerhaft mit einer regelmäßigen Spende oder Fördermitgliedschaft.

Vielen Dank!

Medica mondiale e.V., Weiherhausgasse 65, 50676 Köln, Tel.: 02 21 / 93 18 98-0
medicamondiale@netcologne.de, http://www.medicamondiale.org

IFPA - Internationale Frauen-Presse-Agentur

Die IFPA gibt einen monatlichen Rundbrief heraus. Für uns ist er eine wichtige Quelle für Infos, Termine und Aktionen im Bereich Feminismus. Da die IFPA immer an Existenzminimum herumkrebst, ist sie dringend auf Abos angewiesen. Ein Jahr kostet 60 DM. Wer ein Probeexemplar anfordern oder direkt ein Abo buchen will, kann dies unter folgender Adresse tun:

IFPA, In der Maar 10, 53175 Bonn

Ich will mehr wissen

- ❍ Ich möchte regemäßig Schlagloch bekommen (kostenlos)
- ❍ Ich bestelle _____ Exemplare zum verteilen (kostenlos)
- ❍ Schickt mir doch mal euer Seminarprogramm (kostenlos)
- ❍ Schickt mir doch mal ein Info-Packet mit Selbstdarstellung (kostenlos)
- ❍ Ich möchte Mitglied werden

Materialien
- ❍ Plakat „Nein zum Krieg“ (s. Abb, 0,40 DM)
- ❍ Stoffkundebroschüre: Welche Droge wirkt wie und warum (5DM)
- ❍ Antirassismushandbuch „Kein mensch ist illegal“ (5DM)
- ❍ Freiheit stirbt mit Sicherheit - Textsammlung zu Repressionen und Grundrechtsabbau (4DM)
- ❍ Reader: Tips & Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (5DM)
- ❍ Gotham City - Sampler zu Innenstadtpolitik (5DM)
- ❍ Broschüre: Gewalt gegen Frauen (1DM)
- ❍ Broschüre: Bevölkerungspolitik (1DM)
- ❍ Broschüre: Ökologie & Kapitalismus (0,20DM)

Beiträge zur radikaldemokratischen Diskussion
- ❍ Knast& Strafrecht (3DM), ❍ Militarisierung der dt. Außenpolitik (3DM)
- ❍ Innere SIcherheit & Autoritäre Politik (3DM)

- ❍ ältere Ausgaben von TENDENZ und SCHLAGLOCH (kostenlos)
- ❍ TENDENZ-Sondernummer zu Schule, Gelöbnissen, Drogen, Arbeit, RAF (kostenlos)

- ❍ Der Betrag liegt bei (+4DM Versandkosten - am Besten in Briefmarken)
- ❍ Ich möchte eine Rechnung (bitte erst ab 20DM Bestellwert)

Name: ..... Alter: .....
Adresse .....
PLZ: ..... Ort: ..... Telefon: .....

an: JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal
*Tel.: 0202/4938354 * Fax: 0202/451123 * EMAIL: jdnrw@online.de*

Wer wir sind und was wir wollen

parteiunabhängig

Jungdemokraten gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren Jungdemokraten Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines langandauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig

konsequent außerparlamentarisch

JungdemokratInnen/Junge Linke (kurz: JD/JL) sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Änderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, die es gegen die anti-demokratischen Tendenzen von Regierungen und Bürokratien zwar zu verteidigen gilt, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen/Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihrer Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen/Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.